

# Bewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
 Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 11. Juli 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Bezugspreis:  
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## Handbemerkungen

**W**er Hoover-Plan steht noch immer im Vordergrund aller politischen Vorgänge. Er bedeutet für Deutschland, sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch, die erste Rettungsaktion vor der Katastrophe, die unweigerlich ohne ihn gekommen wäre. Nun sind zwar die Katastrophenpolitiker in Deutschland sehr zahlreich. In jeder Nummer des „Völkischen Beobachters“ kann man genau so wie in der „Roten Fahne“ die Hoffnung herauslesen, daß diese „Galgenfrist“ den eigentlichen Bankrott Deutschlands nicht aufhalten könne, und die beiden radikalen Parteien befinden sich dabei in sehr ehrbarer „bourgeoiser“ Gesellschaft; denn die Börsenjobber und ihr Anhang spekulieren bereits seit Jahr und Tag auf „Baïsse“, d. h. auf den Zusammenbruch Deutschlands. Es ist nämlich nicht nur das Auslandsgeld, das in den letzten Wochen und Monaten flüchtete, sondern in unserer schnelllebigen Zeit wird allzu leicht vergessen, daß nach Feststellung des Reichsbankpräsidenten Dr. L u t h e r 10 Milliarden Mark, zum großen Teil aus deutschem Kapital, vor einigen Monaten in die Schweiz flüchteten. In eine runde und einwandfreie Formel gebracht kann man sogar sagen, daß seit den Septemberwahlen 1930 systematisch von ganz links und ganz rechts — natürlich von ganz rechts mit erheblich stärkeren Waffen — auf das Chaos hingearbeitet wird, wobei die Zutreiberpolitik der Deutschnationalen und der volksparteilichen Schwerindustriellen nicht vergessen werden darf!

Allein bei der Reichsbank sind seit den Septemberwahlen 1930 über 4 Milliarden Mark „Auslandsgeld“ gekündigt, von dem man aber nicht wissen kann, wie stark die deutsche Kapitalisten beteiligt sind. Sicher ist, daß den zirka 17 Milliarden Auslandskrediten, die wir vor der Reichstagswahl hatten, mindestens 15 bis 20 Milliarden gegenüberstehen, die von deutschen Großkapitalisten im Ausland investiert sind. Und niemand, weder Nationalsozialisten noch Kommunisten wissen einen Weg, wie man sich gegen diese Kapitalflucht schützen könnte. Im Gegenteil ist noch in der Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ triumphierend zu lesen, daß es unmöglich sei, diese Kapitalflucht irgendwie abzumildern, wobei man sich auch wiederum auf die gut bürgerliche „Frankfurter Zeitung“ beruft. Daß die deutsche Arbeiterschaft der eigentliche Leidtragende bei einem Zusammenbruch sein würde, macht diese „Arbeiterparteien“ keinen Augenblick stutzig! Wir unsererseits bedanken uns vor dieser Art Katastrophenpolitik und müssen sie unter allen Umständen ablehnen.

Natürlich hat die stark nationalitistische Haltung der bürgerlichen Regierung Frankreichs sehr viel dazu beigetragen, daß eine solche Kapitalflucht-Panik ausbrechen konnte. Seit mehr denn 2 Wochen kämpft

Hoover um die Anerkennung seines Planes, der uns zunächst für ein Jahr die Reparationslasten von 1600 Millionen erlassen soll; allerdings mit der Bestimmung, daß sie in 25 Jahren, neuerdings verlautet in 12 Jahren, nachgezahlt werden sollen. Die Haltung Frankreichs, die sich im Gegensatz zu den gesamten Gläubigerstaaten, ja man kann wohl sagen, den gesamten verantwortlichen Staaten der Erde befindet, hat dem Nationalismus in Deutschland Wasser auf die Mühlen geleitet. Es ist kein Zufall, daß die Nazi-Studentenkrawalle in Wien, München, Berlin, Köln und anderswo in diesen Tagen sich so austoben. Wir hätten freilich erwartet, daß die Polizei auch hier mit dem gleichen Maßstab messen würde; statt dessen hat man sich auf die „Rechte der Universitäts-Rektoren“ berufen, die bekanntlich in ihrer Grundanschauung zumeist dem nationalitistischen Treiben nicht gar so fernstehen. Dieser Zustand ist sowohl für das Inland als auch für das Ausland eine geradezu beschämende Situation, aus der wir so bald wie möglich herauskommen müssen. Zwar hat Kultusminister Grimme einen Erlaß herausgebracht, aber scharfe Maßnahmen vermessen wir immer noch. Die Rektoren haben zwar Kommunisten relegiert, die Kadaver-Nazis jedoch sind bis jetzt nach wie vor Kostgänger des deutschen Volkes.

Es hat in dieser Situation natürlich keinen Sinn, sich träumerischen Illusionen hinzugeben. Wir sind auch nach Annahme des Hoover-Planes noch in einer außerordentlich schwierigen Lage. Vor allen Dingen ist eine Änderung der unerträglichen Notverordnung noch nicht erfolgt. Gewiß haben wir einige Zusagen, aber das Unternehmertum wettet in seiner Presse noch immer gegen diese „unzureichende“ Notverordnung und gegen die öffentlichen Betriebe. So wird sich die Arbeitnehmerschaft gleichfalls konzentrieren müssen, um unserer Parole den nötigen Nachdruck zu geben:

**„Schärfsten Kampf dieser unerträglichen Notverordnung“!**  
 Unser Verbandsvorstand hat bereits in diesen Tagen eine treffliche Broschüre für alle Vertrauensleute der Organisation herausgebracht, die diesen Kampf gegen die Notverordnung einleiten soll. An anderer Stelle berichten wir über die im Werden begriffene „Arbeitgeber-Dereinigung aller öffentlichen Betriebe“. Auch sie kann uns nicht schrecken. Wir erwarten aber von allen Kollegen, daß sie mit ganzer Hingabe und mit Eifer die Vorbereitungen treffen zum Abwehrkampf der unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung, insbesondere des Eingriffs in die Tarifverträge.

Sorgen wir in allen unseren Versammlungen für die nötige Aufklärung mit der Parole:

**Nicht Katastrophenpolitik, sondern Kampfbereitschaft!**

E. D.

# Gewerkschaften und Jugend

## Die Zahl der Jugendmitglieder ist heute nicht geringer als vor dem Kriege

Die Organisationen der Arbeiterbewegung beschäftigten sich neuerdings immer intensiver mit der Jugendfrage. Die Sozialdemokratische Partei hat sie jüngst auf ihrem Leipziger Parteitag erörtert. Seit längerer Zeit wird sie von den freien Gewerkschaften lebhaft diskutiert. Auch unser Gesamt-Verband richtet in seinem neuen Jahrbuch an alle Funktionäre die dringliche Mahnung, der Frage der Organisation der Jugendlichen in Zukunft weit mehr Beachtung zu schenken als bisher.

Das Jugendproblem ist nun aber für Partei und Gewerkschaften nicht deswegen aktuell, weil sie nicht genügend Nachwuchs in ihren Reihen zählen. Ganz abgesehen von ihren Jugendreferenten in den Arbeitersportverbänden und im Reichsbanner, kann die Sozialdemokratie mit Stolz darauf hinweisen, daß mehr organisierte Junggenossen zu ihrer Fahne stehen als die Kommunistische Partei überhaupt Mitglieder hat. Und in den freien Gewerkschaften ist das Organisationsverhältnis der Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Alter bis zu 18 Jahren nicht schlechter als vor dem Kriege. So musterte der Deutsche Transportarbeiterverband 1913 bei insgesamt 229 000 Mitgliedern 5730 Jugendliche, das sind 2,5 Proz. Nimmt man die entsprechenden Berufsgruppen des Gesamt-Verbandes im Jahre 1930, so stellt man bei 293 000 Mitgliedern 5830 Jugendliche, das sind 2 Proz., fest. Es hat sich also bezüglich der Organisation der Jugendlichen bei uns kaum etwas gegenüber der Vorkriegszeit verschoben!

### Nüchterne Gewerkschaftsarbeit — romantische Jugend.

Daß diese Organisationsziffern an sich völlig ungenügend sind, daß wir mit ihnen nur Bruchteile der jungen Menschen, die in den zu uns gehörenden Berufen arbeiten, gewerkschaftlich erfassen, daß sich hier schon besondere agitatorische Anstrengungen lohnen, ist eine einfache Selbstverständlichkeit, über die nicht viel geredet zu werden braucht. Aber so gewiß auch die schlechten Organisationsziffern nicht zuletzt darauf zurückzuführen sind, daß es heute wie schon früher noch immer an einer schematischen Jugendarbeit mangelt, so gewiß trägt auch die Tatsache daran schuld (es wäre falsch, sich darüber Illusionen zu machen!), daß die Gewerkschaftsarbeit keine starke Anziehungskraft auf einen Teil der Jugend ausübt. Diese Jugend will Romantik, will sichtbare Kämpfe, begeisterte Aktionen, die ihr Träumen von großen Geschicknissen befriedigen. Sie ist dabei, wenn es heißt, unter wehenden Bannern zu demonstrieren oder unter mutigem Einsatz ihrer Person Versammlungen zu schützen. Sie ist dabei, wenn es heißt, den Unternehmern in offenem Streik Trutz zu bieten. Aber die aktive Gewerkschaftsarbeit ist mehr als Führung von Streiks. Gerade sie ist in hohem Maße mühselige, entfangensvolle, oft ungedankte Kleinarbeit. Sie setzt nüchterne Besonnenheit und ruhige Stetigkeit, umfassende Kenntnisse der Gesetzgebung und Jurisprudenz in Arbeitsrecht und Sozialversicherung, liebevolle Hingabe an die kleinen und kleinsten Sorgen der Kollegen im Betrieb, organisatorische Fähigkeiten zur Bewältigung der gewerkschaftlichen Verwaltungsaufgaben, taktisches Geschick und kluge Erfahrung bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und noch vieles mehr voraus.

Aber das sind alles schwerlich Eigenschaften, die die meisten jungen Menschen auszeichnen. Und daher finden viele auch erst später, wenn sie reifer und ausgeglichener geworden sind, wenn die sozialen Fragen des Alltagslebens sie über die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenhanges und gewerkschaftlicher Kleinarbeit belehrt haben, den Weg zum Verband.

### Die Jugend bedarf der gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Die Reserviertheit so vieler Jugendlichen gegenüber der praktischen Gewerkschaftsarbeit ist sehr bedauerlich. Denn wenn

irgend jemand gewerkschaftliche Interessenvertretung nötig hat, dann der junge Arbeiter, der allzu leicht gewissenloser Ausbeutung zum Opfer fällt. Er kann ebensowenig von der staatlichen Sozialpolitik alles Heil erwarten wie der Arbeiter überhaupt. Auch für ihn gilt die Erkenntnis, daß schließlich nur durch eigenen Kampf die sozialen Rechte erfochten werden können. Wir zweifeln nicht daran, daß ein großzügiger Aufklärungsfeldzug breitere Schichten der Arbeiterjugend doch zu erhöhter praktischer Betätigung im Gewerkschaftsleben veranlassen wird.

### Die Gefahr der Radikalisierung.

Das ist die eine agitatorische Aufgabe, die den Gewerkschaften erwächst. Die andere — und vielleicht noch bedeutungsvollere — ist, den reifer gewordenen Jungarbeitern, die während der Zeit ihres ersten Sturms und Drangs abseits gestanden haben, den Weg zur Gewerkschaftsarbeit zu weisen. Sprechen wir es offen aus: Es ist heute nicht mehr so wie vor dem Kriege, daß sich schließlich doch die gesamte junge Arbeiterschaft, soweit sie überhaupt politisch zu interessieren ist, in die Gewerkschaftsfront eingliedert. Die Gedankenwelt eines nicht unbeträchtlichen Teiles dieser Jugend wird heute durch den Links- und Rechtsradikalismus geformt, der vollkommen gewerkschaftsfeindlich ist. Es heißt ganz mit Recht im neuen Jahrbuch des Gesamt-Verbandes: „Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß diejenigen Jugendlichen, die jahrelang von unseren Gegnern beeinflusst wurden, auch dann, wenn sie den Jugendjahren bereits entwachsen sind, sehr schwer für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden können.“

### Nicht Radikalismus — sondern positive Leistung!

Dieser Radikalismus aber, dessen Rattenjägerpfeifen heute viele Jungproletarier nachlaufen, will von gewerkschaftlicher Arbeit, die in zähem Ringen Arbeiterwohl und Arbeiterrechte erobert und verteidigt, nichts wissen. Er kennt nicht einen zielklaren Aufbau, der Schritt um Schritt, so wie es die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ermöglichen, die soziale Befreiung der Arbeiterklasse verwirklicht. Der Radikalismus glaubt, geschichtliche Entwicklungen überspringen zu können. Er glaubt, imstande zu sein, mit einem kühnen Handstreich das Gesicht der Welt zu verändern. Er treibt eine Politik des „Alles oder Nichts“. Und mag die Kompromißlosigkeit dieses Wollens und die Unbekümmertheit dieser Aktivität noch so vielen jungen Menschen imponieren — es bleibt dabei, daß der Radikalismus noch immer zu kurz gesprungen ist und deshalb nicht dem Fortschritt, sondern der Reaktion gedient hat. Der Arbeiterbewegung nutzen keine Kavallerieattacken, die unter dem feindlichen Feuer zusammenbrechen, sondern nur planmäßige und überlegte Vormärsche der Massenkolonnen, die unaufhaltsam sind. Die überhaupt im Leben sich schließlich nicht das Bravourstück, sondern die gediegene Leistung durchsetzt.

Und sollte unsere heutige Jugend, die dem Sport huldigt, nicht wissen, wieviel Wollen, wieviel Aktivität, wieviel Fähigkeit erforderlich ist, um eine anständige Leistung, sagen wir im Schnelllauf, zu erzielen? Allerdings die „Jugend“, die — ohne sich selbst zu einer sportlichen Leistung, d. h. zu unermüdlichem Training, aufzuraffen — auf den Tribünen sitzt, applaudiert oder höhnt und klug schnackt, die meinen wir nicht. Wir meinen die andere, die wahrhaft aktive, wollende, kämpfende, vor keiner Mühsal zurückschauende. Sie hat auch den Sinn für gewerkschaftliche Tätigkeit, die — allen Phrasen abhold, mit den ökonomischen und politischen Realitäten rechnend, keine Kleinarbeit verachtend — durch positive Leistung die Arbeiterklasse dem Sozialismus näher bringt. Diese Jugend gehört zu uns, diese Jugend kommt zu uns! Machen wir ihr die Tore auf!

Friedrich Hertneck.

**Gelöbnis**

Wir woll'n die rote Fahne tragen  
empor zur höchsten Menschlichkeit.  
Dort soll sie alles überragen  
in guten und in bösen Tagen,  
verkünden eine neue Zeit.

Wir wollen schühend bei ihr stehen  
im glaubensfesten, treuen Bund,  
und weithin sichtbar soll sie wehen,  
mit ihr woll'n wir durchs Leben gehen  
zu jeder Zeit und jeder Stund'.

Wir wollen immer vorwärts schreiten,  
die rote Fahne in der Hand,  
und immer soll sie uns begleiten,  
durch Kampf und Not und alle Zeiten,  
bis in das rote Freiheitsland. W. Bae.

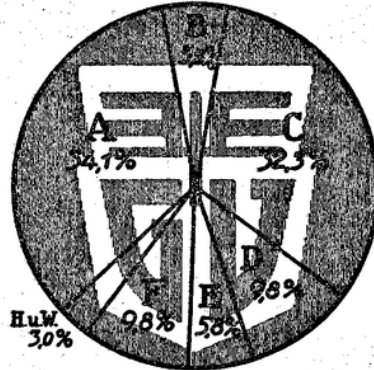
# Das erste Jahrbuch des Gesamt-Verbandes

I.

In diesen Tagen ist das Jahrbuch unseres Verbandes erschienen und wird in einer Auflage von 12 000 an die Funktionäre in den einzelnen Ortsverwaltungen versandt. Es ist ein 300 Seiten umfassender Band, so daß vielleicht mancher Kollege zunächst Furcht hat, sich in die Lektüre dieser „Verbandsbibel“ zu vertiefen. Wir müssen aber demgegenüber nach Durcharbeiten des Jahrbuches feststellen, daß die Lektüre nicht nur ungemein interessant und vielgestaltig ist, sondern auch fruchtbringend und belehrend für alle unsere Verbandsmitglieder. Wir möchten deshalb allen Lesern der „Gewerkschaft“ dringend anraten, sich das Jahrbuch, soweit sie es nicht als Vertrauensleute von den Ortsverwaltungen beziehen, über unsere Verlaasanstalt „Courier“ zu beschaffen. — Zunächst wird in unserm Jahrbuch 1930 gewissermaßen Rechenschaft gelegt über das Zusammenwirken und die Umgestaltung der ehemaligen vier Verbände (Gemeindearbeiter, Verkehrsband, Feuerwehr und Gärtner). Im Vorwort des Jahrbuches wirt Kollege Oswald Schumann die Frage auf, ob sich im großen ganzen dieser Zusammenschluß der vier Verbände gut bewährt hat. Er beantwortet sie mit einem entschiedenen: Ja! Natürlich macht sich auch in unserer Riesenorganisation das Vorherrschen der ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse bemerkbar. Immerhin zählt der Gesamt-Verband nach wie vor zur „Konjunkturgruppe“ mit einer Arbeitslosenzahl von nicht ganz 10 Proz. Ende 1930. Lohnabbauofferten der Unternehmer, Sturmhauf der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Hand, aber auch die Gründung von Nazi- und kommunistischen Betriebszellen (RGO.) waren „die Flammenzeichen für die gewaltige Feuerprobe“, die der Verband zu bestehen hatte. Er konnte sowohl dem Ansturm der Gegner einen erfolgreicheren Widerstand leisten, als das den einzelnen Verbänden möglich gewesen wäre, als auch bei Wahrnehmung der Interessenvertretung, bei Unterstützungseinrichtungen, Bildungs- und Werbearbeiten Besseres leisten als die Einzelverbände. Der Gesamtetat ist auf 30 Millionen angewachsen, die Mitgliedsziffer allerdings von 683 000 auf 673 000 zurückgegangen; doch kann das in diesen wilden Zeiten nicht wundernehmen. Der Vormarsch wird sich bei besserer Wirtschaftskonjunktur bald wieder auf der ganzen Linie zeigen. Die Haltung unseres Verbandes zur Politik und zu den Reichstagswahlen war eindeutig und klar: Die SPD. wurde als berufene Vertretung der Gewerkschaftsinteressen anerkannt.

In einem besonderen Kapitel wird auch das Wirtschaftsjahr 1930 behandelt. Dabei kommt dem Leser klar zum Bewußtsein,

daß wir eine Weltwirtschaftskrise haben und die deutsche Wirtschaftskrise eng im Zusammenhang damit steht, was in der Kollegenschaft leicht in Vergessenheit gerät. Obwohl die Arbeitgeberverbände während des ganzen Jahres einen systematischen Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft führen; der seine gefährlichste Auswirkung durch die Drosselung der Kredite mit Hilfe des früheren Reichsbankdirektors Dr. Schacht hatte, konnten doch die Entkommunifizierungsbestrebungen im ganzen zurückgewiesen werden. Die öffentliche Wirtschaft hat annehmend ihren Bestiand behaupten können. Immerhin wurden die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalens Ende 1930 zu einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen umgewandelt. Noch schlimmer ist der Einbruch durch die Umwandlung der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke im Februar 1931 in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb. Ueberhaupt hat das kommunale Finanzwesen infolge der Einschnürungspolitik der deutschen Banken einerseits, aber auch durch die ungeheuer steigenden Wohlfahrtslasten ohne entsprechenden Finanzausgleich von seiten des Reiches enorm gelitten. — Der Rückgang der deutschen Verkehrswirtschaft zeigt sich dadurch, daß der Güterverkehr von 40 Millionen Tonnen (1929) auf rund 32 Millionen Tonnen (Monatsdurchschnitt 1930) zurückging, der Personenverkehr von 158 Millionen Personen im Januar 1930 auf 135 Millionen im Dezember. Wie unser Jahrbuch beweist, ist auch im



Mitgliederbestand der Reichsabteilungen am Schluß des Jahres 1930

Krisenjahr 1930 auf fast allen Gebieten noch erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit geleistet worden. Wir greifen auf das Geratewohl (S. 71) den Manteltarifvertrag für die Seefahrt heraus, der endlich für die Mehrzahl der deutschen Seeleute den achtstündigen Arbeitstag auf See brachte, da die Arbeitszeit im Hafen in diesem Vertrag grundsätzlich auf acht Stunden festgelegt ist und der Dienst für Deck- und Maschinenpersonal entsprechend festgelegt wurde.

Ueber die Mitgliederbewegung ist bereits in einem besonderen Artikel des Kollegen Reizner in Nummer 21 berichtet worden. Wir möchten aber doch zur genauen Orientierung für alle unsere Mitglieder die nachfolgenden Tabellen über den Mitgliederstand wiedergeben und empfehlen sie einem eingehenden Studium (Tabelle 1).

Es muß auch in der Agitation erneut hervorgehoben werden, daß wir selbst im Krisenjahr 1930 mit Hilfe unserer Lohnbewegungen eine

Steigerung der Löhne um 10 Millionen Mark für 130 000 Kollegen

erkämpfen konnten, wozu noch zahlreiche Abwehrbewegungen mit

Tabelle 1.

Reichsabteilung	A		B		C		D		E		F		H.u.W.										
Bezirk	Kammerbetriebe	Gas- u. Wasserwerke	Gesundheitswesen	Gärten, Parks und Friedhöfe	Berufenerwerb-männlich	Reichs- und Staatsarbeiter	Überr. Kino, Lichtspiele	Kraftfahrpersonal	Eisenbahnpersonal	Handelsgewerbe	Transportgewerbe	Hoch- und Straßenbahn	Privateisenbahnen	Hafen- und Werksbahn	Omnibus- und Autoverpersonal	Einzelhandelspersonal	Post- und Telegraphie	Seefahrt	Binnenfliegerei	Güterbetriebe	Wasserbauarbeiter	Hauswirtschaft und Wadungsstelle	Zusammen
Groß-Berlin	11 786	10 933	10 623	5 167	1 523	7 065	1 174	8 966	350	32 892	8 711	8 269	72	220	297	6 364	—	—	810	—	—	11 053	125 775
Hamburg	5 678	4 044	5 897	2 798	663	614	734	3 789	6	7 523	5 539	7 876	305	539	221	3 376	3 595	59	15 453	3 029	2 121	25 125	
Östpreußen	4 949	3 023	1 597	481	365	2 616	167	1 360	6	5 734	2 935	3 894	402	3	24	1 736	194	65	2 560	430	200	28 736	
Sachsen	5 209	3 382	1 942	1 016	394	976	314	1 445	41	2 824	3 261	2 208	284	22	117	1 009	—	—	137	—	—	294	
Brandenburg	3 390	1 862	2 237	1 017	126	1 612	15	1 571	—	2 779	1 696	412	1 257	—	80	1 236	—	—	1	—	—	222	
Pommern	1 846	1 167	934	391	17	703	18	951	—	1 815	2 121	243	507	—	14	728	438	4	2 015	20	85	14 037	
Nordwest	2 966	2 685	1 859	704	319	1 287	171	1 567	37	3 556	4 052	1 207	332	2	24	1 551	1 423	310	1 648	311	379	24 496	
Bremen	2 114	1 974	2 71	390	99	1 739	208	781	1	3 768	1 514	879	207	—	55	1 123	2 918	25	5 502	311	379	24 496	
Hannover	4 028	2 304	1 155	820	150	977	220	2 171	1	2 104	1 139	1 213	306	—	134	1 791	—	—	156	127	156	18 929	
Westfalen	3 762	4 156	2 345	1 286	794	295	773	4 299	21	4 997	2 267	7 011	451	259	307	2 299	—	—	2 146	—	—	692	
Rheinland	3 441	2 405	905	1 192	450	438	457	1 557	2	2 304	1 820	5 205	567	—	212	13	736	—	2 290	—	—	169	
Heßen	5 477	4 611	3 721	1 739	428	762	749	3 083	19	4 180	2 797	2 634	535	—	628	6	2 824	—	4 72	78	510	35 894	
Baden-Pfalz	4 618	3 587	1 641	880	288	246	314	1 418	6	1 882	1 037	2 912	1 012	54	65	21	1 342	—	1 411	—	—	151	
Württemberg	2 408	2 704	763	582	95	436	171	1 894	15	5 578	969	2 191	118	—	30	2 006	—	—	1 411	—	—	127	
Südbaden	3 071	2 084	1 138	649	12	2 394	565	1 957	28	3 408	1 810	2 585	239	49	28	2	1 786	—	252	—	—	23 917	
Nordbaden	2 454	2 005	573	554	166	658	155	2 715	6	3 900	1 737	2 688	45	11	25	1 153	—	—	42	—	—	758	
Schüringen	2 056	1 218	1 580	524	27	629	241	2 031	—	1 907	1 779	316	234	—	22	—	—	—	54	—	—	174	
Sachsen	8 145	7 274	6 139	2 192	716	2 745	878	9 415	3	13 820	6 146	6 149	47	—	353	38	5 954	—	231	—	—	2 547	
Mitteldeutschland	5 472	2 718	2 912	1 786	412	897	418	3 588	16	4 224	2 871	2 041	1 250	209	48	11	1 663	—	60	—	—	31 512	
Einzelmitglieder	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Binnenschniffer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zusammen	86 010	64 286	48 384	24 048	7 042	26 999	7 712	56 158	566	106 188	54 501	53 048	8 460	1 425	2 613	745	89 144	8 636	7 454	33 297	16 123	20 536	673 375

gutem Erfolg durchgeführt wurden. 12,7 Proz. unserer Mitglieder oder 80 800 waren weiblich. Die Gruppe unserer Jugendlichen zählt 7500. Im Jahrbuch wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden muß, Lehrlinge und jugendliche Berufskollegen durch Schaffung entsprechender Einrichtungen dem Verband zuzuführen. Es soll vom Verbandsvorstand ein besonderes Jugendsekretariat eingerichtet werden, um die Grundlagen für systematische Jugendarbeit innerhalb unserer Organisation zu schaffen.

Interessant ist auch die Verteilung unseres Mitgliederbestandes nach Reichsabteilungen (siehe graphische Darstellung). Es zählten am Schluß des Jahres 1930:

Reichsabteilung	Mitgliederbestand
A Gemeindebetriebe und -verwaltungen . . . . .	229 770
B Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen	34 711
C Handels-, Transport-, Kraft-, Luftverkehrs- und diverse Betriebe . . . . .	217 413
D Straßen-, Klein-, Hafen-, Werksbahnen usw. . . . .	66 291
E Post- und Telegraphie . . . . .	39 144
F Schifffahrt, Fischerei, Lotfswesen, Hafenbetriebe und Wasserbau . . . . .	65 510
H u. W. Reichsfachgruppe Haus- u. Wachangeestellte	20 536
Zusammen . . . . .	673 375

## Dritter Verbandstag des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands

Am 21. Juni 1931, nachmittags 2 Uhr, eröffnete der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, der Kollege Scheffel, die 3. Generalversammlung seiner Organisation. Im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses in Hamburg, hier in dieser Waffenschmiede der Arbeiterschaft, wie August Bebel einstmal das Gewerkschaftshaus in Hamburg mit vollem Recht bezeichnete, hatten sich 172 Delegierte, daneben die Vertreter der Bezirke, des Vorstandes und der Redaktion eingefunden. Außerordentlich stark war die Generalversammlung von Gästen öffentlicher Körperschaften, befreundeter Organisationen und namentlich von Organisationen aus dem Ausland besucht. Unser Verband war durch die Kollegen Müntner und Schumann vertreten.

Neben dem Geschäftsbericht des Vorstandes und der Redaktion standen auf der Tagesordnung einige recht wichtige Referate. Genosse Naphthali hielt ein außerordentlich tief schürfendes und trotzdem leicht verständliches Referat über „Der Weg von der kapitalistischen Wirtschaft zur gemeinen Wirtschaft“. Das Referat machte einen starken Eindruck auf die Anwesenden.

Ueber „Die Verkehrspolitik in Deutschland“ referierte der 2. Vorsitzende des Verbandes, der Genosse Herrmann. Das Referat behandelte die Lage der Reichseisenbahn in der jetzigen schweren Zeit. Er stellte namentlich zahlenmäßig die Schwierigkeiten fest, die der Reichsbahn dadurch erwachsen, daß sie mehr und mehr Konkurrenz durch die Kraftwagen, durch die Reichspost, durch private Nebenbahnen und letzten Endes auch durch die Fliegerei erhält. Herrmann beurteilte und bewertete die Leistungen der Reichsbahn und auch ihre Bedeutung im Vergleich mit ihren Konkurrenten ganz naturgemäß fast ausschließlich vom Standpunkt der Reichseisenbahn aus. Mit sehr viel Zahlenmaterial wurde tatsächlich bewiesen, daß eine doppelgleisige Eisenbahn mehr im Gütertransport leistet, als ein Kanal. Die Eisenbahn müsse aber ihr Anlagekapital verzinsen, während Kanäle von der öffentlichen Hand auf allgemeine Kosten und den dort erhobenen besonderen Einnahmen erhalten werden. Derartige Gegenüberstellungen wurden im Reichswirtschaftsrat schon wiederholt von Herrn Karl von Siemens gemacht, sind aber unseres Erachtens nicht schlüssig. Kanäle und Flußläufe kann man nicht ausschließlich danach bewerten, welchen Ertrag sie abwerfen durch Güterbeförderung, sondern diese Wasserläufe haben für die Allgemeinheit Bedeutung und Aufgaben zu erfüllen, die unbedingt erfüllt werden müssen, aber nicht nach Mark und Pfennig berechnet werden können.

Sowohl in der Reparationsfrage, als auch in der Frage der Umgestaltung der Reichsbahn in eine wieder der Gemeinwirtschaft dienende Einrichtung nahm die Generalversammlung Stellung, indem sie in einer längeren Entschließung folgendes zum Ausdruck brachte:

„Die Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands fordert erneut eine Herausnahme der Reichsbahn aus dem internationalen Schuldenabkommen und dadurch eine Befreiung der Sonderbelastung der Reichsbahn. Die Aufbringung der Reparationssteuer durch die Reichsbahn-Gesellschaft hat, in Verbindung mit den sonstigen ihr auferlegten politischen Lasten, eine weitgehende Verschlechterung der Lebenshaltung des Personals bewirkt. Wir wiederholen deshalb unsere Forderung, daß die Aufbringung der für Reparationszahlungen erforderlichen Mittel als eine rein innerdeutsche Angelegenheit anzusehen ist und ersuchen die deutsche Reichsregierung, die Durchführung dieses Grundgesetzes mit Taltraf und Energie zu betreiben. Das international gebundene Reichsbahngesetz und die auf diesem Gesetz beruhende Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sind zu beseitigen, um so eine Verkehrswirtschaft in Deutschland zu ermöglichen, die den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedürfnissen des Volkes gerecht wird.

Die Generalversammlung lenkt die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung erneut darauf, daß die Sonderbelastung der Reichsbahn und die Beibehaltung der heutigen Reichsbahn-Gesellschaft ein besonders starkes Hemmnis für den

sozialen Aufstieg der gesamten arbeitenden Bevölkerung darstellt. Sie erwartet deshalb von der Organisation der Arbeiterklasse die tatkräftigste Unterstützung, da es nur dann möglich ist, den in dieser Frage besonders starken Widerstand der kapitalistischen Kreise im In- und Auslande zu überwinden.“

In der Diskussion über den Geschäftsbericht kam erfreulicherweise zum Ausdruck, daß der Verbandsvorstand das Vertrauen der Mitgliedschaft in denkbar weitest gehendem Maße besitzt. Von einer unsachlichen Kritik hielt sich der Verbandstag vollkommen fern, die Ausführungen aller Redner klangen dahin aus: Wie kann der Verband innerlich weiter gefestigt und nach außen kampffähiger werden und welche Methoden und welche Mittel sind die geeignetsten, die Mitgliedschaft an den Verband zu fesseln und ihr eine erhöhte Kampfkraft zu verleihen.

Der Einheitsverband ist auch, wie wohl die meisten anderen deutschen Gewerkschaftsorganisationen, gezwungen, durch die Not der Zeit, allerhand Sparmaßnahmen durchzuführen. Man will sparen an Kongressen und Konferenzen, man will sparen an der Presse, und hierbei kam zum Ausdruck, daß man wohl sparen aber nicht an der falschen Stelle sparen dürfe, namentlich nicht an der Presse. Der Verbandstag verlangte im Gegenteil weiteren Ausbau der Presse, mit der man jetzt schon außerordentlich zufrieden war.

Abbau des Personals infolge Rationalisierung, die Notverordnung und andere Erscheinungen der Jetztzeit drückten natürlich dem Verbandstag das entsprechende Gepräge auf. Es wurden Beispiele angeführt, wie brutal und rücksichtslos die Reichsbahn gegen das Personal namentlich dort vorgeht, wo es in der Organisation nicht genügend hinterhält hat. Ein Delegierter meinte, wenn es so weiter ginge, kämen wir immer tiefer in den Abgrund. Wir Eisenbahner allein sind zu schwach, wir müssen uns mit anderen Organisationen noch zusammenschließen, was natürlich auch ein fundamentaler Irrtum ist, denn allein durch Zusammenschluß wird eine schwache Organisation nicht stark, auch beim Zusammenschluß muß die einzelne Organisation in ihrem Organisationsgebiet stark sein, um in der Großorganisation vorwärtszukommen.

Das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten und die Schwierigkeiten, die unvermeidlich sind, aber überwunden werden müssen, fanden gleichfalls lebhaften Ausdruck auf dem Verbandstag.

Von einer Anzahl von Filialen war ein positiver Antrag gestellt, den Verbandsvorstand zu beauftragen, wieder mit den betreffenden Organisationen in Verhandlungen einzutreten, um einen großen, allumfassenden Verband für das Verkehrsgewerbe zu schaffen. Dieser Antrag fand unter den etwa 900 Anträgen, die den Verbandstag beschäftigten, keine besondere Beachtung. Der Vorschlag der Statutenberatungskommission und der Satzungscommission ging denn auch dahin, diesen Antrag durch den Geschäftsbericht als erledigt zu betrachten. Daraus geht hervor, daß die Eisenbahner zum mindesten für die nächste Zeit nicht die Absicht haben, irgendwelche Zusammenschlußverhandlungen anzubahnen, sondern erst im eigenen Hause das notwendige austräumen wollen, denn es sind noch immer viel zu viel Eisenbahnerorganisationen, die sich gegenseitig bekämpfen. Alles in allem war der Verlauf des Verbandstages ein außerordentlich glücklicher.

Wir wünschen, daß der Eisenbahnerverband mehr und mehr zum wirklichen Einheitsverband im Deutschen Reichsbahnbetriebe wird, dann glauben wir, ist die Zeit gekommen, wo auch das einmal in Erfüllung gehen wird, was uns vor einigen Jahren, als wir an der Zusammenfassung unserer Organisationen arbeiteten, vorschwebte.

F. Müntner

## Kleingartenwesen als Kulturproblem und Wirtschaftsfaktor

Welche Bedeutung die Bewegung der Kleingärtner angenommen hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß im Mittelpunkt des vom 29. bis 31. Mai in Hannover stattgefundenen 8. Reichs-Kleingärtertages Vorträge standen, die den Kleingarten in Beziehung zu den Bildungsbestrebungen unserer Zeit setzten. Mit der Erkenntnis, daß unsere Kinder das wichtigste Reservekapital für den Wiederaufstieg unseres Volkes sind, begann das Suchen nach den wertvollsten Erziehungsmitteln. Die Buch- und Stubenkultur der Vorkriegszeit war eine Knebelung des menschlichen Geistes, unsere Zeit anerkennt die körperliche und seelische Freiheit auch des jungen Menschen. Aus der alten Lese- und Schreibschule entwickelt sich die Erkenntnis- und Arbeits- und außerordentlich großem Maße gegeben, und es ist deshalb freudig zu begrüßen, daß die Kleingärtnerbewegung sich bereits nach zehnjähriger Organisationsarbeit so zur Höhe entwickelt, daß sie sich planmäßig in die verheißungsvolle Welt einer neuen Pädagogik einzugliedern vermag. Vordem Krieg waren die deutschen Kleingärten in der Hauptsache Familienerholungsgärten. Ihr Ertrag an Gemüse und Obst wechselte je nach Bodenbeschaffenheit und Intensität der Bearbeitung und konnte lediglich als eine hauswirtschaftliche Beihilfe betrachtet werden. Das änderte sich aber mit der zunehmenden Lebensmittelknappheit während des Krieges und hatte eine völlige Umstellung der Gartenbearbeitung zur Folge. Der früher überwiegende Anbau von Blumen wurde immer mehr zugunsten von Obst, Gemüse und Kartoffeln eingeschränkt, und Leute, die früher nur ironisch lächelnd auf die „Zigeuner“ am Rande der Stadt herabgeschaut hatten, suchten auch schleunigst einen Garten zu erwischen, um die mangelhafte Kriegsernährung verbessern zu können. Damals hat zweifellos das Kleingartenwesen seine wirtschaftliche Feuerprobe bestanden.

Bei einer Betrachtung des Kleingartens als Wirtschaftsfaktor sind wir jedoch heute noch immer nur auf Teilergebnisse angewiesen. Besonders wertvolles Material hatte eine Erhebung der sächsischen Zentralstelle für Kleingartenwesen in den Jahren 1916 bis 1923 zusammengetragen. Aus ihr ergab sich eine kleingärtnerische Gesamtfläche im Freistaat Sachsen von 4435 Hektar, auf der jährlich 1 632 700 Zentner Gemüse und Kartoffeln sowie 550 000 Zentner Frischobst geerntet wurden. Für die beiden erstgenannten Produkte wurde ein Durchschnitt von 7 Pfund je Quadratmeter ermittelt. Die Zahl der Obstbäume aller sächsischen Kleingärten belief sich auf rund 1 Million, die der Beerensträucher auf 2 Millionen. Außerdem war eine recht erhebliche Kleintierhaltung zu verzeichnen, der ja auch eine große wirtschaftliche Bedeutung beizumessen ist.

Das Zentral-Kleingartenamt der Stadt Berlin hat in den Jahren 1924—1926 etwa 500 Gärten der verschiedensten Art und Größe in allen Gegenden Groß-Berlins auf ihren Ertrag beobachtet. Nach einer von Dr. Elli Richter verfaßten Veröffentlichung betrug die Durchschnittsgröße eines Gartens 400 Quadratmeter. Davon entfielen 200 Quadratmeter auf die Laube, Wege, Plätze, Blumen und Ziersträucher, so daß für Gemüse und Erdbeeren ebenfalls 200 Quadratmeter verblieben. Der Gesamtertrag beziffert sich bei einer Kulturfläche von insgesamt 24 240 000 Quadratmetern auf 1 455 750 Zentner oder durchschnittlich 6 Pfund je Quadratmeter, nähert sich somit also der in Sachsen ermittelten Durchschnittszahl.

Obgleich in den Jahren 1927—1930 der Gemüseanbau infolge besserer wirtschaftlicher Lage um mindestens ein Drittel zurück-

ging und der Kleingarten im allgemeinen wieder mehr der Familienerholung diente, ist es doch eine feststehende Tatsache, daß in den etwa 1½ Millionen deutscher Kleingärten mit 28 000 Hektar Fläche durch den unermüdbaren Fleiß der Bebauer meist nach Feierabend ganz ungeheure Werte geschaffen werden. Der Vorsitzende des Landesverbandes Berlin im Reichsverband der Kleingartenvereine W. Reinhold verweist darauf, daß man schon bei niedriger Schätzung des Wertes eines Kleingartens mit 300 Mk. auf einen Mindestbetrag von 500 Mill. Mk. für die deutschen Kleingärten kommt, und daß, wenn man deren Produktion von Obst und Gemüse nur mit 20 Mk. je Garten — zweifellos zu niedrig — ansetzt, sich doch die Summe von 30 Millionen Mark pro Jahr ergibt.

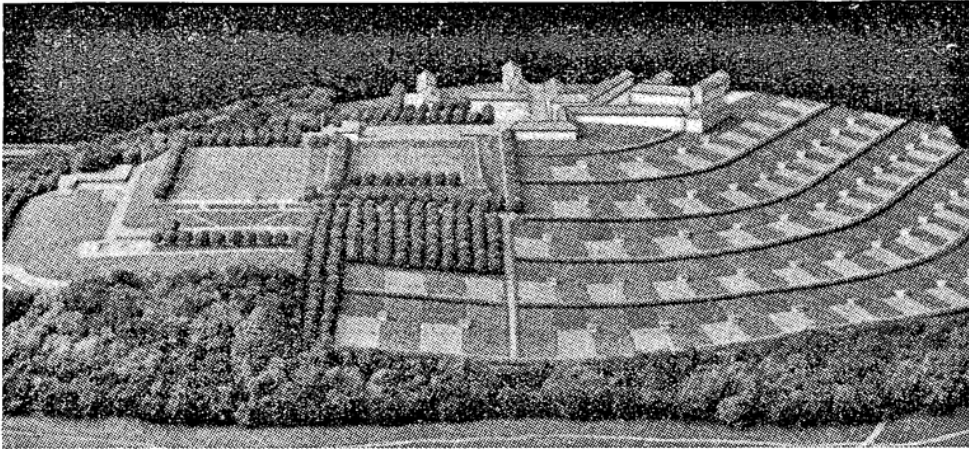
Der Vorsitzende des Landesverbandes Groß-Hamburg F. O. A. Meyer veröffentlicht eine Aufstellung, nach der auf jeden dortigen Kleingärtner für Saatgut einschließlich Kartoffeln 23 Mk.,

für Obstbäume, Sträucher, Rosen 4 Mk., für Baumaterial zwölf Mark, für Düngemittel und Gartengeräte acht Mark, für Pflanzen aller Art 2 Mk., für Fahrgehalt ungefähr 10 Mk., insgesamt demnach 59 Mk. entfallen. Diese Summe auf die deutschen Kleingärten allgemein übertragen, ergibt dann einen Betrag von 88,5 Millionen Mark,

die dem Handwerk, der Industrie und der Gärtnerei zufließen.

Reinhold kommt am Schluß einer diesbezüglichen Betrachtung zu dem Ergebnis: Der Kleingartenbau hat eine eminent volkswirtschaftliche Bedeutung, die besonders in Notzeiten hervortritt und dann die Lage der großstädtischen Bevölkerung von Zufälligkeiten befreit und bessert. Darum sollte jede weitblickende Stadtverwaltung vor allem aus nationalökonomischen Gründen für eine der Bevölkerungszahl entsprechende Menge von Kleingärten sorgen.

Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des deutschen Kleingartenwesens kommt auch in dem besonderen Kleingartenrecht, das unmittelbar nach Beendigung des Krieges sich herausgebildet hat, zum Ausdruck. Es entstand in Anlehnung an kriegswirtschaftliche Maßnahmen, noch nach Methoden und auf Grundsätzen des Kriegsnotrechts aufgebaut, als ein eigenartiges im deutschen Rechtssystem nur selten vorkommendes Gemisch von öffentlichem und bürgerlichem, von materiellem und prozeduralem Recht. Es kann an dieser Stelle nicht ausführlich darauf weiter eingegangen werden, aber es sei betont: Das im Jahre 1919 zustande gekommene Kleingartengesetz war der ausschlaggebende Anlaß, daß sich die Kleingärtner nach manchem Widerstreben und heftigen Kämpfen im Jahre 1921 in ihrem jetzigen Reichsverband zu einer einheitlichen Organisation zusammenschlossen. Diese sah eine ihrer obersten Aufgaben darin, die Anwendung des neugeschaffenen Rechts überall durchzusetzen, seine sachgemäße Auslegung zu sichern und auf Grund der gewonnenen praktischen Erfahrungen für dessen weiteren Ausbau einzutreten. Die Eigenart des Kleingartenwesens bringt es mit sich, daß seine Pflege im Interesse der Allgemeinheit nur in die Hände leistungsfähiger und sachmäßig geleiteter Vereine gelegt werden kann, die im Rahmen eines größeren Verbandes wirken, durch den sie Anrungen erhalten und von dem auch ihre Geschäftsführung überwacht wird. In Anerkennung des Wertes und der Wichtigkeit eines solchen Zusammenschlusses der Kleingärtnerschaft ist vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt durch einen Erlass vom 14. 2. 1931 angeordnet worden, daß künftig Vereine die Gemeinnützigkeit nach dem Kleingartengesetz nur erhalten bzw. behalten, wenn sie dem Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands angehören. Die Anerkennung, die damit diesem Reichsverbande gezollt wurde, wird von allen Freunden dieser Bewegung begrüßt werden. L.



Modell der Kleingarten-Dauerkolonie Honsberg in Remscheid, eingegliedert in die Grünflächen der Stadt.

## Der Garten im Sommer

Nach des Tages Last und Mühe dünkt uns der sommerliche Garten als schönster Aufenthalt. Doch es ist manchmal ein bißchen viel warm. Die Pflanzen lassen die Blätter schlaff und welk hängen. Also es fehlt an Wasser. Bequem ist da eine Sprenganlage. Um die Wärme des Wassers jener des Erdbodens anzupassen, wählen wir einen Sprenger, welcher das Wasser fein verteilt und ziemlich hoch wirft, um es dann gleichmäßig niederrieseln zu lassen. Da findet inzwischen schon eine bedeutende Erwärmung des Wassers statt. Unbedingt nötig sind Fässer oder Bassins im Garten, denn Gurken und Tomaten wollen nur abgestandenes Wasser haben. Solches ist für alle Pflanzen überhaupt das Bessere, auch haben wir die Möglichkeit, mit der Kanne das Wasser besser verteilen zu können.

Die bequemste Form der Wasserversorgung ist der Regen. So ein richtiger Landregen gibt uns freie Zeit, da wollen wir aber gleich einmal düngen. Wer Naturdung zur Verfügung hat, das muß eigentlich jeder Kleingärtner, mischt in einem Fasse die Auswurfstoffe 1 : 5 mit Wasser, läßt einige Tage stehen, rührt gut um und füllt ein Viertel der Kanne damit, das übrige wird Wasser hinzu getan. Mit dem Rohr wird nun zwischen die Pflanzen gegossen. Wenn auch der dabei oder kurz nachher fallende Regen die Pflanzen sofort wieder abwäscht, sauchen wir doch keinen Salat oder roh zu essende Gemüse mit Naturjauche. Eine künstliche Jauche läßt sich auf gleiche Weise aus einem Kilo Hornspäne, auf 50 Liter Wasser geben, leicht herstellen; die Späne werden vorher gebriht. Manchmal schafft uns aber der Regen auch mehr Arbeit. Bei Wolkenbruch oder schweren Gemitterregen sind Abzugsgräben zu schaffen, um Wasserunterspülungen zu vermeiden. Dabei merken wir uns die Stellen an den Gartenwegen, wo wir Sickerlöcher in arbeitsarmer Zeit anlegen werden.

Nach dem Regen oder mehrmaligem Gießen muß aber wieder gehackt werden. Durch Hackarbeit wird der Boden gelüftet, das Unkraut vernichtet. Je lockerer die obere Erdschicht, desto weniger Wasser verdunstet; der Boden bleibt feuchter und wir brauchen weniger zu gießen. Das Unkraut wird abgelesen und gehört auf den Komposthaufen, aber nur so lange, als es noch ohne Samen ist. Blühendes Unkraut darf es im Garten nicht geben. Der Same reift auf dem Haufen nach und wird keimfähig. Hacken mit gebogenem Hals erleichtern die Arbeit sehr. Ein sehr gutes Jäte- und Cokerungsgerät ist der „Wassis“, den es in allen Größen gibt. Mit ihm wird rückwärtsgehend gearbeitet, ist der Garten queckenfrei, so ist die Arbeit mit ihm fast nur ein Spiel.

Im Garten wächst jetzt alles zusehends. Bindematerial haben wir immer bei der Hand, Bast und etwas derberen Faden. Jedes durch Früchte schwer beladene Stachel- oder Johannisbeerstämmchen, jedes durch Blüten und Blätter belastete Rosenstämmchen ohne Band kann leicht durch Windstoß der Krone beraubt werden, darum nicht nachher schimpfen, wenn ein Stückchen Faden, ein Blick und Eingreifen zur rechten Zeit das Unglück hätten vermeiden können. An den Obstbäumen sind die Äste zu stützen. Bei zu dichtem Behang werden die zu vielen Früchte, vor allem natürlich die wurmfressigen, möglichst frühzeitig entfernt. Das Gewicht der Ernte wird durch diese Maßnahme eher vermehrt als vermindert, denn die einzelnen Früchte werden bedeutend größer.

Unser besonderes Augenmerk richten wir auf das Fallobst, es muß unbedingt aufgelesen und, kann man es nicht zu Speise- oder Futterzwecken verwenden, vernichtet werden. Auf den Abfallhaufen darf es erst in gekochtem Zustande kommen. Sind die heruntergefallenen Früchte gesund, so hat der Baum wohl zu viele Früchte, oder aber er leidet an Wassermangel. Ist das der Fall, so stoßen wir je nach dem Alter des Baumes entsprechend tiefe Löcher in der Kronentraufe in die Erde, die wir am besten gleich mit einer Düngertlösung mehrere Male vollgießen.

Am Formobst werden die Seitentriebe, noch wenn sie krautartig sind, über dem 3. oder 4. Blatte zurückgeschnitten. Aber die Leittriebe dürfen jetzt im Sommer nicht gekürzt werden. Am Weinstock entwickeln sich aus den Blattachsen der Reben Kurztriebe, die sogenannten Geize. Diese pinzieren wir über dem zweiten Blatt. Ebenso kürzen wir Reben, die Trauben tragen, nach dem Abblühen.

Sofort nach der Ernte werden die Erdbeerbeete abgeränkt und gelockert. Im leichten Boden genügt ein Behacken, sonst ist zu graben. Junge Pflanzen werden auf gute Beete aufgeschult. Die

Beete für die Neuanlage werden tief umgegraben und kräftig gedüngt, neben Stallmist wird etwa zehn Tage später Kalk, Thomasmehl und Kalk, alle drei in gleichem Gewichtsverhältnis gemischt, auf den Quadratmeter eine Handvoll gegeben. Pflanzweite 50×50 Zentimeter im Verband oder 70×20 Zentimeter. Nur in allerkräftigstem Boden kann Zwischenkultur getrieben werden, sonst geht es auf Kosten der Erdbeeren.

Auch Kirschen und Beerenfrüchte reifen. Sauerkirschen werden mit den Stielen gepflückt, sonst werden die Zweige kahl und bringen im nächsten Jahre weder Blätter noch Kirschen. Sommeräpfel und -birnen müssen bald verbraucht werden, sie halten sich nicht lange. Wir können ihre Lagerzeit etwas in schimmelfreiem, trockenem Keller verlängern. Ist genügend Fruchtfaß und Gelee eingekocht, darf auch etwas zu Fruchtwein verarbeitet werden. Die dazu verwendeten Früchte dürfen überreif, aber nicht schimmelig oder gar angefaulen sein. Johannisbeeren können des Waschens entraten, alles andere muß gewaschen werden. Jeder Frucht muß Wasser zugegeben werden, und je stärker das Getränk sein soll, desto mehr Zucker muß beigelegt werden. Beides richtet sich nach dem Säuregehalt des Obstes. Zuviel Wasser und mehr denn 500 Gramm Zucker auf das Liter Saftgemisch beeinträchtigen die Vergärung. Sämtliche Geräte müssen peinlich sauber sein, dann gelingt es auch und dann Profit!

Im Gemüsegarten werden ausgesät: Rosenkohl, Grünkohl, die Folgejaaten von Bohnen (eine fast fadenlose Sorte ist „Konferva“), Salat und Radieschen. Winterrettiche auf gutem kräftigem Beet in 20- bis 25-Zentimeter-Reihen, nach dem Auslaufen auf 2 bis 3 Zentimeter verziehen. Spätkohlarten und Winterendivien werden ausgespant. Will jemand einen Versuch mit Winteralat machen, wird jetzt gesät und Anfang August gepflanzt, allerdings ist er in Norddeutschland nicht überall winterhart. Eine Aussaat von frühen „Pariser Karotten“ bringt zum Herbst noch einmal junge Karotten auf den Tisch.

Gurken, Kürbis und Tomaten verlangen sehr viel Wasser und Dünger. Ein vorzüglicher Dünger für diese ist Jauche von Hühner- oder Taubenmist.

Ein Gemüse für Feinschmecker ist der „Cardu“, zugleich auch eine Zierde für jeden Garten. Pflanzzeit Anfang Juni auf gut gedüngtem kräftigem Boden mit mindestens einem Meter Entfernung von Pflanze zu Pflanze. Ich habe auf märkischem Sandboden Stauden von 1,80 Meter Durchmesser und 0,80 Meter Höhe der Blattrosette gezogen. Aber Dung und Wasser und Bodenbearbeitung. Zwischen den Cardupflanzen kann noch eine Ernte Kohlrabi oder Salat erzielt werden. Auf grünem Rasen wirken die silberweißen, zierlich geschlitzten Riesenblätter herrlich. Genossen werden die gebleichten Blattrippen im Herbst und Winter.

Im Ziergarten wird der Rasen kurz gehalten und gut gegossen. Alle vierzehn Tage muß er geschnitten werden. Rasenflächen verdunsten sehr viel Wasser, es ist darum auf reichliche Wasserzufuhr der in Grasflächen stehenden Zierbäume besonders zu achten. Auf Blumenbeeten sind verblühte Blüten und welke Blätter zu entfernen. Unkraut darf niemals gefunden werden. Eine schöne Schnittblume ist „Cosmea“, die sich auch ausgezeichnet in der Vase hält. An den Rosen lassen wir es nicht zum Hagebuttenanfaß kommen, die Pflanzen würden durch ihn zu sehr geschwächt. Ueber Schädlingsbekämpfung an anderer Stelle. Aber eine für den Laien interessante Sache möchte ich noch erwähnen, die Rosenveredlung, zu der im Juni bis August geeignete Zeit ist. Der Wildstamm muß eine möglichst glatte Rinde haben, darf nicht zu alt und muß auf seinem Platze gut angewurzelt sein. Er darf keine schadhafte Stelle haben, sonst bricht er hier todsicher beim Umlegen für den Winter durch. Die Rinde muß sich beim Einschnitt faserlos vom Holzkörper lösen lassen. Am Edelauge darf kein Holz mehr haften. Es wird von oben in den T-Schnitt, ohne zu quetschen, eingeschoben, die Veredlungsstelle dann fest und dicht verbunden und mit Baumwachs verstrichen. Nach etwa 10 Tagen fällt der vertrocknete Blattstiel des Edelauges ab, und etwas später kann der Verband gelockert werden, wird aber wieder lose umgelegt. Veredelt wird nur bei trockenem Wetter. Die Hochstammrose ist von höchstem Zierwert für den Garten, darum wird mancher die Veredlung eines Wildstammes noch versuchen wollen. Viel Glück dazu!

Otto Küster.

## Rosenschädlinge und ihre Bekämpfung

Um uns an einem reichen Blütenschmuck unserer Rosen erfreuen zu können, müssen wir ständig die Bekämpfung ihrer Feinde aus dem Pflanzen- und Tierreiche im Auge behalten. Diese richtet sich nach der Art der Schädlinge und nach der Größe des zu schützenden Bestandes. Bei wenigen Rosen werden wir keine chemischen Mittel anwenden, sondern die Schädlinge absuchen und zerknicken, eventuell einen Zweig abschneiden und verbrennen.

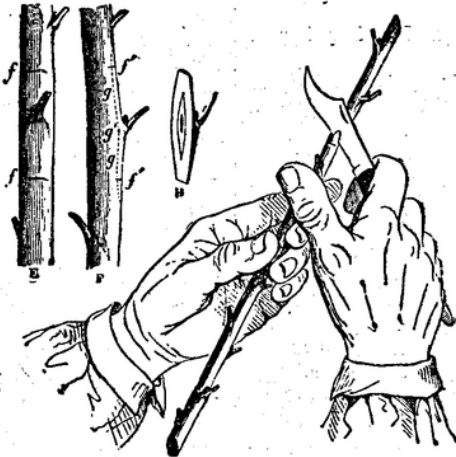
Der physische Widerwille gegen das Zerdrücken kann durch Anziehen von alten Handschuhen behoben werden. Bei solcher Behandlung vermeiden wir sicher Schädigungen der Rosen, die bei chemischen Mitteln eintreten können. Chemische Mittel wenden wir genau nach der jeder Packung beigegebenen Gebrauchsanweisung an. Der Verkauf darf nur in Originalflaschen oder -packungen geschehen, sie sollen auch nur in diesen aufbewahrt werden; die meisten sind für Menschen stark giftig, es ist daher Vorsicht, hauptsächlich bei Kindern, sehr am Platze. Pulver verteilen wir mit Zerstäuber, Flüssigkeiten mit einer möglichst fein verteilenden Spritze. Der Rost, der Mehltau und der Rosenstrahlenpilz sind die gefährlichsten Schmarotzer aus dem Pflanzenreiche, alle drei werden mit Kupferkalkschwefelpräparaten vorbeugend bekämpft, bei Mehltau genügt auch ein Bestreuen mit Schwefelblüte. Bei Mehltau sind Blätter und Stengel mit einem weißen Schimmel überzogen, Rost durchbricht mit rostrotten Pusteln die Unterseite der Blätter, und der Strahlenpilz bildet auf der Oberseite der Blätter strahlenförmig sich ausbreitende braune bis schwarze Flecken. Es empfiehlt sich, gegen Pilzkrankheiten alle 10 bis 14 Tage vorbeugend zu spritzen, um somit jeden Befall zu verhüten.

Schwerer zu erkennen sind oft die tierischen Feinde. In zusammengesponnenen Blättern sitzt die Raupe einer der vielen Wicklerarten, sie sind abzuschneiden, ehe die Triebknospe vernichtet ist. Krümmt sich eine Zweigspitze, so finden wir unter der Rinde die Eier der Rosenwespe, stockt das Wachstum eines Zweiges oder zeigen sich Mißbildungen daran, oder schwärzlicher Auswurf an der Spitze, so ist die Larve der Rosenblattwespe darin. Die blaßgrüne Larve dieser Art schabt die Blätter gleichmäßig durchscheinend dünn. Vertrocknet die Triebspitze oder werden die Blätter welk, so sind die Triebe durch den Rosenbohrer angeftochen. Die Blütenknospen werden durch den Rosenkäfer angenagt. Ein leicht beschwingtes und schwer zu fassendes Insekt, die Rosenzikade, macht sich durch Bohren von Löchern in die Blätter recht unbeliebt. Gegen alle bisher genannten hilft neben Absuchen nur Spritzen mit arsenhaltigen Mitteln (Uraniagrün usw.). Sigt an den Stengeln weißer Schorf, so ist dieser abzubürsten, es ist die Rosenschildlaus, die gemeine Rosenblattlaus wird mit Exodin bespritzt. Weniger in Betracht kommt die Rosenoculiermade, sie frist die neu eingesetzten Augen unter dem Verband hoch, so daß sie eingehen; hiergegen schützt nur gutes dichtes Verbinden und Verstreichen mit Baumwachs.

Engerlinge, die an den Wurzeln nagen, werden beim Umgraben peinlich genau aufgefesen, ist ein Umgraben nicht angängig, kann Naphthalin oder Schwefelkohlenstoff, pro Quadratmeter 30 bis 50 Gramm, ausgestreut werden. Das letztere Mittel darf wegen Vergiftungsgefahr nicht verwendet werden, wenn unmittelbar dabei etwa Kellerwohnungen gelegen sein sollten. Gegenüber den vielen Schädlingen, die von der Königin der Blumen leben wollen, müßten wir schier verzweifeln, hätte nicht die Natur ihr treue und brave Schutztruppen zur Seite gestellt. Um diese davor zu bewahren, der Unkenntnis zum Opfer zu fallen, seien die wichtigsten vorgestellt.

Wir stehen vor einer Rose, Blattläuse sitzen dick an den Zweigen. Dazwischen liegt eine zirka 1,5 Zentimeter große Made, weißlich-grün oder grau, schlanker, keilförmiger Leib mit spitzem

Kopf- und dickem Hinterende, die immer Hunger hat. Es ist die Blattlauslöwe, die Made des Goldschens. Der Saugrüssel wird in eine Laus hineingebohrt, und wir sehen deutlich, wie der Inhalt ihres Leibes von der Made eingefogen wird. Die leere Haut wird zur Seite gelegt, und schon ist eine andere ergriffen. Es ist fast ungläublich, wie eine einzige Made unter einer Blattlauskolonie aufräumt, was ein einziges Tier verzehrt. Schon hier



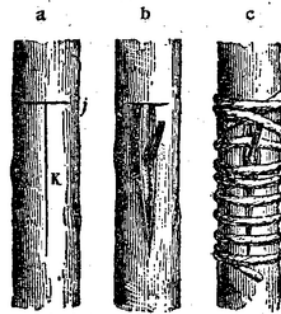
Wie das Edelauge abgelöst wird.

Etwa 1 1/2 cm über und 2 cm unter dem Edelauge, das zur Vereblung verwendet werden soll, wird die Rinde des Edelreises waagrecht durchgeschnitten, dann entweber von oben nach unten oder umgekehrt das Rindestück mit dem Auge so herausgeschnitten, wie es die punktierte Linie figggf andeutet.

sehen wir, nicht jede Made ist schädlich, und es verlohnt sich, sich noch näher damit zu beschäftigen. Da ist die Larve des Marienkäferchens. So hübsch der Käfer ist, so häßlich ist seine Larve. Von dem roten Rökchen mit den schwarzen Punkten noch keine Spur, sondern der Rücken runzlich und faltig, schmutziggelblich mit grellgelben Punkten bedeckt und mit starren Borsten bewachsen, dazu ein großer Kopf mit fürchterlichen Freßwerkzeuge, die es aber bitter nötig hat. Mehr denn zweihundert Läufe werden täglich verzehrt, um leben zu können. Auch für sie Schonung um jeden Preis! Wer hat nicht schon eine müde dahinschleichende Raupe gesehen und zertreten! Man hielt es für ein Glück, denn der ganze Leib war voller „Raupeier“. Aber nein, es waren leider die Puppen einer Schlupfwespe, die ihren Wirt, die Raupe, auffressen und die leere Hülle als Verpuppungsort benutzen. Sich müde fortschleichende Raupen dürfen wir also nicht vernichten, sie tragen den Tod bereits in sich und eine neue Kämpferschar

gegen ihresgleichen. Schlupfwespen sind nie den Menschen lästig.

Raubwespen werden bis zu 4 Zentimeter groß, sie ähneln sehr den Libellen (Wasserjungfern). Viel größere Raupen als sie selbst sind, werden durch einen Biß betäubt und in die Schlupfwinkel geschleppt; in den scheinbaren Raupenleib legt die Wespe ihre Eier, er dient als Fraß für die auskuschlupfenden Larven. Ersttaunlich ist die Kraft und der Orientierungssinn der Raubwespen. Ich baute unübersteigbare Hindernisse auf ihre Wege. Trotzdem fanden sie immer wieder ihre sehr versteckt liegenden Löcher, mit schwerer Beute beladen. Dann geht nämlich das Tier und fliegt nicht. Für zwei oft verkannte und verfolgte Tiere möchte ich noch ein gutes Wort einlegen; den Igel und den Maulwurf. Der Igel ist anerkannt als ein vorzüglicher Mäusejäger; irgendeinen Schaden richtet er aber nicht an. Dagegen sieht es nicht gerade schön aus, wenn der Maulwurf seine ominösen Hügel im Rasen aufwirft und es ist auch ärgerlich, wenn er die Saatbeete durchwühlt hat. Aber warum gleich Falte und Spaten. Ein Lappen mit Franzosenöl (Oleum) tut es auch, wird der in die Gänge gelegt, verschwindet der Maulwurf sofort. Wo Maulwürfe wühlen und Igel sich aufhalten, ist Ungezieser. Sie verlassen selbst ihr Jagdgebiet, sobald sie keine Nahrung mehr finden. Man vermutet oft dort den Maulwurf als Uebelthäter, wo es in Wirklichkeit die Engerlinge waren, die der Maulwurf inzwischen vertilgt hatte. Von welchem Nutzen der Maulwurf ist, erfährt man daraus, daß er täglich die anderthalbfache Menge seines Körpergewichts an Nahrung bedarf. Man überlege sich also einmal, wieviel Insekten er also im ganzen Jahre vertilgen mag. Um auch im Winter, wenn er sich tiefer unter der Erde aufhält, genügend Vorrat zu haben, sorgt der Maulwurf in sehr interessanter Weise für einen Lebensmittelspeicher. Bei längerem Frost hat er nämlich die Gewohnheit, in die Wände seiner Gänge Regenwürmer einzumauern. So ungläublich sich das auch anhören mag, aber es ist doch der Fall, wie durch streng wissenschaftliche Untersuchungen festgestellt wurde. Da die Regenwürmer sich auch durch die Erde bohren, sucht der Maulwurf ihr Entwisphen dadurch zu verhindern, daß er sie durch Bisse in den vorderen Körperteil lähmt. Wer einmal bei Frost in Maulwurfsgängen nachgräbt, wird mit großem Erstaunen Riesennengen von eingemauerten Regenwürmern vorfinden.



Die Vereblung.

a. Der T förmige Einschnitt in den Wildlingstamm. b. Das in den Einschnitt eingesetzte Augenstück, oben mit dem Einschnitt passend scharf abgeschnitten. c. Die verbundene Vereblung, schematisch dargestellt.

o K.

## Wenn alle einig sind ...

V. (Schluß.)

Da waren also die anderen, die sie von der schönen Futterkrippe verdrängen wollten. Na, so leicht wie es sich die Herrschaften dachten, würde es nicht gehen!

„Schön, die tausend Dollar an mich“, zischte Rabinowitsch, „und nun wollen wir uns einmal die paar Männlein ansehen!“

Er stellte sich mit Jablonski an die Bordschwelle, bohrte beide Hände in die Hosentaschen und pffiff: „Nur eine Nacht sollst du mir gehören...“

Die Schupos hatten den Weg freigemacht. Der Zug konnte passieren.

„Warten Sie einen Augenblick, bis der Kummel vorbei ist, es dauert ja nicht lange“, rief Jablonski dem weiter unten stehenden Szapiro zu. „Ich mache das Geschäft!“

Aber der Zug dauerte länger, länger, als es die Herren von Dollars Gnaden gedacht hätten. Rabinowitsch hörte auf zu pfeifen, Jablonski vergaß das dem Herrn Szapiro vorgeschlagene Geschäft, Makler Heiß gab es auf, Polennoten gegen Pfunde zu tauschen. Gespräche verstummten. Die Menschen standen da und gafften. Die besseren unter ihnen fühlten eine leise Scham in sich aufsteigen, bereuten im stillen, daß sie nach letzter Mode gekleidet waren. Sie wollten gehen, denn was war hier schon zu sehen, und doch blieben sie, weil sie sich auch vor den anderen schämten. Hatten sie vielleicht schwächere Nerven? Bestimmt nicht, sie waren aus vielen Börsenschlächten als erprobte Kämpfer hervorgegangen, sie hatten ihren Mann gestanden, gleichgültig ob der Dollar stieg oder fiel, sie waren Herren der Spekulation, Virtuosen beim Tanz um den Dollar.

Aber hier begannen sie zu versagen. Sie sahen sich auf einmal einer Welt gegenüber, die sie nicht verstanden. Wohl wußten sie um deren Existenz; daß aber diese Welt der unteren einen eigenen starken Willen besaß, an dem sie vielleicht zerbrechen könnten, das war ihnen neu.

Die dort auf dem Fahrdamm marschierten, hungerten seit Jahren. Heringe, Kartoffeln und Brot machten nicht fett. Dafür hatten sie tagaus, tagein hinter der Maschine gestanden, hinter Kontorbüchern gehockt, hatten Ueberstunden machen müssen, um die ungeheuren Gewinne der anderen zu ermöglichen.

Markus kam mit Herrn Hugo Mayer und Dr. Jacob die Treppe aus dem Ratskeller herauf. Alle drei hatten etwas zu viel getrunken. Markus ging zu Rabinowitsch und Jablonski, die sich leise darüber stritten, wieviel Demonstranten vorbeigezogen waren.

„Haben Sie schon gehört, daß Eugen Luz sich heute nacht in Zoppot erschossen hat? Samuel Wolf erzählte es mir eben im Ratskeller.“

Die Gesichter verfärbten sich. Warum hatte es Luz getan? Die paar tausend Dollar Verlust gestern Abend im Kasino bedeuteten für ihn doch nicht viel.

„Stand er schlecht?“ fragte Rabinowitsch verwirrt.

„Nicht, das ich wüßte“, entgegnete Jablonski.

Er war nachdenklich geworden. Eine geheime Angst riß an ihm. Er mochte es nicht hören, daß Bekannte starben. „Ein böses Zeichen, ein böses Zeichen“, jammerte er plötzlich. „Er geht uns voran, er zeigt uns den Weg.“

„Sie phantastieren“, Rabinowitsch wurde ernstlich böse.

Die Demonstranten trugen gerade ein Transparent vorüber mit der Aufschrift „Gebt uns billiges Brot!“

Herr Hugo Mayer kicherte. „Mir sind billige Hummern lieber, meine Herren!“

Jablonski fuhr wütend herum: „Hakten Sie Ihr Maul, versterhen Sie!“ Seine Augen funkelten böse.

„Was fällt Ihnen ein, Sie Flegel, Sie scheinen nicht zu wissen, wer ich bin!“ Herr Hugo Mayer schriffte die Worte in höchster Tonlage heraus. Man hörte sie über die ganze Straße. Dabei knickte er etwas in den Kniekehlen ein. Sherry und Sekt in Verbindung mit einigen französischen Kognaks, waren vor dem Mittagessen doch etwas viel gewesen.

Jablonski traf Anstalten, sich auf das ehrenwerte Mitglied des Aufsichtsrates der Schlesiischen Bank zu stürzen. Markus, Dr. Jacob und Rabinowitsch sprangen dazwischen.

„Unerhörte Frechheit!“ keifte Herr Hugo Mayer. Im selben Augenblick erhielt er von irgendwo einen unbeabsichtigten Stoß, der ihn in den Rinnstein beförderte. Da er nicht ganz sicher auf den Beinen war, schlug er der Länge nach hin.

Markus richtete den jetzt völlig Verwirrten eigenhändig auf und säuberte ihn mit seinem Taschentuch, indem er stammelte:

„Wie leid mir das tut, kann ich Ihnen nicht sagen.“ Herr Hugo Mayer konnte beim besten Willen kein Wort hervorbringen, Schreck und Wein lähmten ihn.

Die Demonstranten nahmen von dem Vorfall keine Notiz. Sie schritten mit der Sicherheit von Menschen, die wissen was sie wollen und was sie erreichen können.

Es war ein unaufhaltsamer Marsch; der Marsch einem großen Ziele entgegen. Alle wußten es, die den Zug sahen. Es war keine Parteiangelegenheit, es war die Aktion aller Arbeitnehmer, es war der Ausdruck einer furchtbaren Verzweiflung und zugleich das Dokument eines unbeirraren Willens, bessere Lebensverhältnisse zu erzwingen.

Eine sonderbare Stille lag über dem langen Markt. Eine alte Frau weinte.

„Für uns kommt es zu spät“, schluchzte sie. Sie fühlte sich als Gezeichnete, als Vertreterin einer Gesellschaftsschicht, die vom Schauplatz abtreten mußte.

Und Ähnliches durchlebten die Kämpfer für den Dollar. Die Demonstration war gewaltiger, als sogar ihre heimliche Angst sie ihnen vorgepiegelt hatte. Tausende und aber Tausende marschierten vorüber. Man muß sich still beugen vor dem neuen Spieler, der mit einem einzigen kühnen Zug die Partie für sich entschied.

Jablonski wurde schlaff und sentimental. Er stand unter dem faszinierenden Eindruck der Masse. Er vergaß, daß sie gegen seine Interessen kämpfte. Am liebsten wäre er mitgelaufen, aber er schämte sich vor Rabinowitsch, der mit finster gefalteter Stirn den Zug betrachtete.

„Ich denk', wir packen unsere Koffer!“

Er erhielt keine Antwort.

Als die letzten Demonstranten vorbeigezogen waren, hatte niemand Lust, Dollar oder Effekten zu handeln. Man ging still nach Hause.

„Geschäfte werden bald billig zu haben sein, besonders Zigarrengeschäfte und Weinstuben“, bemerkte Maßtschenk zu Samuel Wolf, der gerade einen Bekannten grüßte und ihm zurief: „In kurzer Zeit haben wir die stabile Währung. Wir verhandeln heute darüber im Senat. Ich glaube, es ist Zeit, sie durchzusetzen!“ Er lächelte dabei so freudig, als ob er sich niemals gegen die Stabilisierung ausgesprochen hätte.

Maßtschenk schüttelte erstaunt den Kopf.

\*

„Sehen Sie, Sie wollten mir nicht glauben“, begrüßte Hofrichter im Senat die beiden Herren.

„Soweit ich mich erinnere, war ich der richtige Prophet“, knurrte Maßtschenk. „Hätten Sie gestern auf meinen Rat gehört, dann wäre uns heute dieser betrübliche Anblick erspart geblieben!“

„Jedenfalls hätte ich niemals diese Riesenbeteiligung erwartet.“ Aus Hofrichters Stimme klang echte Erregung.

Alle Versammelten standen unter dem Eindruck der Demonstration. War die Not wirklich so groß gewesen, daß sich diese Einigung vollziehen konnte?

„Am meisten hat mich die Ruhe der Leute geärgert!“ Samuel Wolf ging gereizt auf und ab.

Der Präsident rief zur Versammlung.

Sie wurde zu einem Totengericht.

Die Herren waren zu beherrscht und zu vornehm, um in diesem Augenblick bittere Anklagen zum Himmel zu schicken. Aber hinter der nüchternen Sachlichkeit tobte der Schmerz über die Austreibung aus dem Paradies.

Niemand wagte gegen die Einführung stabiler Löhne zu protestieren. Plötzlich hatten Industrie und Banken die nötigen Werte, um bis zur Schaffung einer neuen Währung die Garantie zu übernehmen. Keiner der Wirtschaftsführer fand den Mut, die Verantwortung für die Folgen zu tragen, die bei einem ablehnenden Bescheid eintreten mußten. Im stillen bewunderten alle die Geduld der Arbeitnehmer, die trotz ihrer großen Macht und trotz der wirtschaftlichen Not vor jeder Gewalttat zurückgeschreckt waren. Wer weiß, ob sie sich in ähnlicher Lage ebenso ruhig verhalten würden.

Man schritt zur Lösung der technischen Probleme: Verteilung der Garantien, Verzinsung und ähnliche Dinge. Und während noch die kleinen Bankiers und Händler in ihren Büros über die Frage der Stabilisierung diskutierten, war ihr Schicksal bereits entschieden.



## Errichtung eines Reichsverbandes öffentlicher Arbeitgeber

„Nichts Genaueres weiß man nicht.“ — Doch soviel ist bekannt, daß die öffentlichen Arbeitgeber (Reich, Länder, Gemeinden, Reichspost usw.) seit Wochen bemüht sind, einen einheitlichen Reichsarbeitgeberverband mit dem Namen „Reichsverband öffentlicher Arbeitgeber“ zu schaffen. Der Mitgliederkreis dieses Arbeitgeberverbandes soll sein: a) das Reich einschließlich der Deutschen Reichspost, b) der Reichsverband kommunaler und anderer Arbeitgeberverbände e. V., c) die Länder. In einem späteren Zeitpunkt glaubt man, auch noch die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und die Deutsche Reichsbank anschließen zu können. Die Vertretung der einzelnen Gruppen in den Organen des Reichsverbandes erfolgt nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Auf je 1000 Arbeitnehmer entfällt in der Hauptversammlung eine Stimme. Der neue Reichsverband wird vertreten durch einen aus 15 Personen bestehenden Verwaltungsrat, welcher von der Hauptversammlung zu wählen ist. Im Rahmen des Verbandes bestehen weiter: Eine Tarifkommission und 14 Bezirksausschüsse. Je ein Bezirksausschuß wird gebildet für folgende Bezirke:

1. Ostpreußen. 2. Pommern, Mecklenburg, Ostmark. 3. Groß-Hamburg. 4. Schleswig-Holstein-Lübeck, Nordwest. 5. Hannover. 6. Schlesien. 7. Berlin, Brandenburg. 8. Mitteldeutschland, Thüringen. 9. Rheinland-Westfalen. 10. Freistaat Sachsen. 11. Rechtsrheinisches Bayern. 12. Württemberg. 13. Baden, Pfalz. 14. Rhein-Main, Hessen-Nassau.

Die Vertretung in der Tarifkommission und in den Bezirksausschüssen regelt sich ebenfalls nach der Zahl der Beschäftigten, und zwar soll auf 1500 Arbeitnehmer eine Stimme entfallen. Nach dem vorliegenden Referentenentwurf kann die Mitgliedschaft im

neuen Verbands unter Einhaltung einer Frist von zwei Jahren zum Schluß eines Rechnungsjahres gekündigt werden. Diese Bestimmung dürfte für alle hinzutretenden Städte und Gemeinden von besonderer Beachtung sein. Dargelegt ist, daß die Lohnverhandlungen bezirklich geführt und, wenn kein Einspruch von Seiten des Reichs- oder Landesfinanzministers erfolgt, abgeschlossen werden können. Kommt in den Bezirken eine Einigung nicht zustande, so wird die Angelegenheit durch die zentralen Instanzen oder auf dem Schlichtungswege erledigt.

Diese kurze Skizzierung des neuen Verbandes muß für heute genügen. Die Weiterberatungen über Neugründung sind zunächst bis Anfang August verschoben. Die Arbeitgeber rechnen damit, daß dann Ende August der neue Arbeitgeberverband aus der Taufe gehoben werden kann. Wir werden zu gegebener Zeit darüber ausführlich berichten und halten mit unserem Urteil deshalb zunächst noch zurück. Eines läßt sich allerdings schon heute sagen: Die Zusammenfassung aller öffentlichen Arbeitgeber in einen Reichsverband dürfte unsere Organisation vor neue schwierige Aufgaben stellen. Einzelne Syndikate sind schon durch die Gründungsverhandlungen dem Machtkoller verfallen. Unsere Organisation hat jahrzehntelang unter schwierigeren Verhältnissen als heute die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Sie wird auch in Zukunft alles daransetzen, um nicht nur das Erreichte zu halten, sondern im Interesse des arbeitenden Menschen weiter auszubauen. Pflicht unserer Kollegen aber ist es, noch mehr als seither unsere Organisation zu stärken, um dem kommenden neuen Arbeitgeberverband bei seinen sicher zu erwartenden Maßnahmen entsprechend entgegenzutreten zu können.

Josef Orlopp.

## Zusammenschluß der Londoner Verkehrsunternehmen

Die gegenwärtige Organisation des Londoner Verkehrswezens zeigt folgendes Bild: Die Untergrundbahnen, die Omnibusgesellschaft und auch ein Teil der Straßenbahn sind bereits zu einem Konzern, der „Untergrundbahngruppe“, zusammengeschlossen, in dem allerdings die einzelnen Gesellschaften noch weitgehende Selbständigkeit besitzen. Eine Reihe von Straßenbahnen wird daneben von den Bezirksbehörden betrieben. Ferner bedient die Metropolitan-Eisenbahn einen erheblichen Teil des nach Nordwesten gerichteten Vorortverkehrs. Weiter sind am Londoner Nahverkehr in erheblichem Maße auch die Fernbahnen beteiligt. Schließlich gibt es in London noch einige Omnibusunternehmen, die außerhalb der Allgemeinen Omnibusgesellschaft und damit der Untergrundbahngruppe stehen.

Um den berechtigten Forderungen des Publikums entgegenzukommen und vor allen Dingen durch eine Neuorganisation der Verkehrsgestaltung den unwirtschaftlichen und unnötigen Wettbewerb auszuschalten, hatte der jetzige Verkehrsminister Englands zugesagt, sich der Londoner Verkehrsprobleme besonders anzunehmen.

Am 2. Oktober 1930 veröffentlichte das Verkehrsministerium ein Memorandum über die beabsichtigte Neuorganisation des Londoner Personenverkehrs. Zu den Plänen der Regierung sind alle Behörden der Grafschaften in bestimmtem Umkreis von London, soweit sie Straßenbahnen betreiben, die Londoner Untergrundbahn-, Straßenbahn- und Autobusgesellschaften und die großen englischen Eisenbahngesellschaften gehört worden. Diese stimmten alle grundsätzlich einer Vereinheitlichung zu, da daraus für die Allgemeinheit Erleichterungen entstehen. Auf privatwirtschaftlicher Grundlage ist der Zusammenschluß, so gern dies die privaten Gesellschaften wollten, nicht möglich, da auf diesem Wege die Beteiligung des Londoner Grafschaftsrats mit seinem wichtigen Straßenbahnbetrieb in den Außenvierteln nicht gewonnen werden konnte. Das dort bestehende System würde niemals freiwillig in die private Hand gegeben werden, auch könnte hierzu keine Regierung zwingen. Die Regierung glaubte das Ziel der Vereinheitlichung am besten durch die Bildung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft erreichen zu können.

Der Verkehrsminister wollte allerdings seinerseits von der Einbeziehung der Gruppenbahnen absehen, weil er eine Loslösung der Geschäfts- und Betriebsführung des Vorortverkehrs der Eisenbahnen aus dem Rahmen ihres allgemeinen Verkehrs und ihre Unterstellung unter eine fremde Verwaltung zu schwierig hielt. Die Gruppenbahnen behielten sich ihre endgültige Stellungnahme bis zur Fertigstellung der Gesetzesvorlage vor.

Der im Dezember 1930 fertiggestellte und bekanntgegebene Gesetzesentwurf sieht, soweit es nicht schon früher geschehen ist, die weitere Zusammenfassung der verschiedenen Verkehrsbetriebe Groß-Londons vor, sowie ihre Unterstellung unter eine einheitliche Verkehrsverwaltung, die in ihrem Hoheitsgebiet mit weitgehenden Rechten ausgestattet sein wird. Es handelt sich hierbei praktisch um den Zusammenschluß der schon seit einigen Jahren in einer Gemeinschaft betriebenen „Commun-Fund“, den vereinigten Londoner Verkehrsunternehmen mit der Metropolitanbahn und den Straßenbahnen der Grafschaftsverwaltung des London County Council. Zu dieser Gemeinschaft gehören: Metropolitan District Eisenbahn, London Electric Eisenbahn, City and South London Eisenbahn, Central London Eisenbahn und die London General Omnibus-Gesellschaft.

Die neue Verkehrsverwaltung soll selbständig über Betriebsgenehmigung und -verbot des Personenbeförderungsdienstes im Groß-Londoner Gebiet entscheiden können. Darüber hinaus obliegt ihr die Gesamtleitung, Betriebsführung und Unterhaltung der bestehenden Betriebe, der Ausbau neuer Verkehrswege, der Bau und die Beschaffung der Betriebsmittel, die Tarifgestaltung und Finanzwirtschaft, sowie die Entschädigung der Einzelunternehmen, die durch die Bestimmungen des neuen Gesetzes berührt werden. Außerdem ist der neuen Verkehrsverwaltung das Recht zugestanden, mit den am Londoner Vorortverkehr noch erheblich beteiligten vier Gruppenbahnen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwecks glatter Verkehrsabwicklung und über Erhebung, Festsetzung, Zuteilung und Abrechnung der Tarife und Einnahmen zu treffen.

Nach den Plänen des Verkehrsministers soll die Leitung des zentralen Unternehmens einem kleinen Kreis von Verkehrs- und Wirtschaftsfachleuten anvertraut werden. An ihrer Spitze soll ein hervorragender Verkehrsfachmann stehen. Politische Einflüsse sollen hierbei ausgeschaltet werden. Die Erfahrungen und Fähigkeiten der jetzt im Dienste der Londoner Verkehrsunternehmen stehenden Beamten und Angestellten sollen auch dem neuen Unternehmen erhalten bleiben.

Der Verkehrsminister hofft, diese Gesetzesvorlage in Kürze durchzubringen, damit die neue Verwaltung, die an allen Verkehrsmitteln gleich interessiert ist und keines bevorzugen wird, eine Verkehrspolitik treiben kann, die im allgemeinen Interesse liegt und geschäftlich zufriedenstellend arbeiten kann.

Die Aktionäre der Londoner Untergrundbahnen haben bereits ihre Zustimmung zu diesem Plan gegeben.

P. W.

## Das Schicksal der Invalidenversicherung

Derringernte Beitragseinnahmen und gesteigerte Ausgaben führen dazu, daß anscheinend auch das bisher festgefügte Gebäude der Invalidenversicherung ins Wanken gerät. Es lassen hierauf nicht nur Meldungen und Notizen in der Tagespresse schließen, auch die Fachzeitschriften für die Sozialversicherung beschäftigen sich in letzter Zeit mehrfach mit dieser für die Versicherten so wichtigen Frage.

Unterm 7. März 1931 hat der Ständige Ausschuß des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten eine Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet. Diese Eingabe, die sich betitelt: „Ausgestaltung der Wanderversicherung zwischen der Invalidenversicherung und den übrigen Zweigen der Sozialversicherung“, beschäftigt sich ebenfalls mit der mißlichen Lage der Invalidenversicherung und bringt gleichzeitig Anregungen über einen Lastenausgleich innerhalb der einzelnen Versicherungszweige. Es heißt in dieser Eingabe u. a.:

„Nach den amtlichen Rechnungsergebnissen und Schätzungen für die Invalidenversicherung sieht fest, daß diese bereits im laufenden Jahre 1931 ihr Vermögen zur Deckung der ihr gesetzlich obliegenden Leistungen heranziehen muß, daß dies Vermögen in wenigen Jahren durch die ständig wechselnden gesetzlichen Leistungen aufgebraucht sein wird und daß dann die Invalidenversicherung, wenn ihr nicht alsbald neue Einnahmequellen erschlossen oder die Leistungen herabgemindert werden, überhaupt nicht mehr in der Lage sein wird, die ihr gesetzlich obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.“

Nach Feststellung dieser Tatsachen weist die Denkschrift darauf hin, daß augenblicklich ein Gesetzentwurf zur Änderung der Angestelltenversicherung den gesetzgebenden Körperschaften vorliege, der u. a. auch Leistungserhöhungen vorsehe. Es heißt weiter wörtlich in der Eingabe:

„Der Reichsverband weist ausdrücklich darauf hin, daß es nach seiner Auffassung eine Gefahr für den Bestand der gesamten Sozialversicherung bedeutet, wenn bei der derzeitigen außerordentlich gespannten und zum Teil verhängnisvollen Lage einzelner Zweige der Sozialversicherung Änderungen, insbesondere Leistungserhöhungen, bei einem Zweig der Sozialversicherung vorgenommen werden, ohne daß zuvor oder gleichzeitig die gegenseitigen Beziehungen und Verflechtungen der einzelnen Zweige der Sozialversicherung in einer Weise geregelt werden, die den Anforderungen der Billigkeit und Gerechtigkeit und einer ordnungsmäßigen, auf die Zukunft gerichteten Landwirtschaft entsprechen.“

Die Denkschrift stellt dann noch im einzelnen Forderungen über eine Neuregelung der Beziehungen zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung bzw. macht sie Vorschläge über eine Reform dieser Beziehungen. So wird beispielsweise verlangt, daß die Berufsgruppen, die versicherungspflichtig zur Angestelltenversicherung sind, nicht erweitert werden sollen. Weiter wird wörtlich folgende Forderung erhoben:

„Durch Änderung der Berufsgruppenbestimmung muß die ungerichtete Anshöhlung des Versichertenbestandes der Invalidenversicherung zugunsten desjenigen der Angestelltenversicherung, die durch die Berufsgruppenbestimmung und ihre mehrfachen Erweiterungen in den letzten Jahren eingetreten ist, beseitigt werden. Zwischen Invaliden- und Angestelltenversicherung ist hinsichtlich des Versichertenbestandes eine klare Abgrenzung vorzunehmen.“

Diese Forderung kann von uns nur unterstrichen werden. Es muß endlich einmal Klarheit darüber geschaffen werden, zu welchem Versicherungszweig bestimmte Berufsgruppen oder auch einzelne Versicherte gehören. Andere Forderungen werden aufgestellt in bezug auf die sogenannte Wanderversicherung. (Es würde zu weit führen, auf all diese Vorschläge hier einzugehen.) Die Denkschrift befaßt sich auch mit der geradezu katastrophalen Lage der knappschäftlichen Pensionsversicherung und verwahrt sich entschieden dagegen, diesen Versicherungszweig irgendwie mit und durch die Invalidenversicherung zu sanieren. Es heißt hierüber: „Mit besonderem Nachdruck muß deshalb gefordert werden, daß keine Bestimmungen ergehen, die an Stelle der Pensionsversicherung die Invalidenversicherung zu Leistungen verpflichten, die letztere nicht schon nach dem geltenden Recht zu gewähren verpflichtet ist.“ In einem Anhang bringt die Denkschrift noch zahlenmäßige Angaben über bestehende Erfordernisse der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung. Diese Forderungen entstehen durch Hinüberwechslung einer ganzen Reihe Versicherter von einem zum anderen Versicherungszweig, so daß

beispielsweise ein Arbeitnehmer zu einer Versicherung jahrzehntelange Beiträge geleistet hat, jedoch im Versicherungsfalle Leistungen der anderen Versicherung in Anspruch nimmt.

Ogleich auch wir für eine Vereinheitlichung der Versicherung schon seit Jahren eintreten und besonders das Nebeneinanderbestehen der beiden verschiedenen Rentenversicherungen (Angestellten- und Invalidenversicherung), so müssen wir doch der Denkschrift in der Frage beistimmen, daß es nicht gut angängig ist, eine Versicherung auf Kosten der anderen sanieren zu wollen. Kl—s.

## Aus Politik und Volkswirtschaft

Sofortige Verhandlungen über die Revision der Notverordnung und Vorschläge zur Erschließung anderer Einnahmequellen. Im „Vorwärts“ fordert der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des AFA-Bundes, Siegfried Aufhäuser, u. a.:

„Wir brauchen im Augenblick mit Brüning nicht zu rechten, ob es ausreichend begründet war, am 11. und 12. Juni auf der Vertagung der Verhandlung bis August oder noch später zu bestehen. Nachdem inzwischen durch die Tat des amerikanischen Präsidenten und die vorangegangene wirksame Initiative der englischen Arbeiterregierung die außenpolitische Entspannung zu erwarten ist, darf die innenpolitische nicht länger auf sich warten lassen. Die Erleichterung der Reparationszahlungen kann heute nicht mehr gefährdet werden, wenn die Notverordnung abgeändert wird. Finanzkatastrophe, Staatskrise und Faschismus können nicht länger als Gespenster vorgeführt werden, um die Beseitigung der sozialen Härten in der Notverordnung auch nur noch einen Tag zu verschieben. Die staatspolitischen Gründe, die einer Revision der Notverordnung bislang entgegengehalten wurden, sind restlos in Wegfall gekommen. Die Kritik der SPD, an der Notverordnung aber hat geradezu den Weg für die Erschließung weiterer Einnahmequellen für das Reich und die Arbeitslosenversicherung gewiesen. Ohne in diesem Rahmen eine erschöpfende Aufzählung aller möglichen Einnahmestärkungen geben zu können, seien hier nur die nächstliegenden Möglichkeiten aufgezählt, die ohne Sozialabbau die Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben gewährleisten. Dazu gehören:

Umbau der Krisensteuer durch volle Heranziehung der Veranlagungspflichtigen	Reichsmark
120 Millionen	
Aufhebung der verminderten Krisensteuer für Landwirte	40
Krisensteuer für Körperschaften (nur 2 Proz.)	40
Ausgleichsabgabe für inländische Mineralöle	40
Einsparung der Subventionen für den Steinkohlenbergbau	30
Einsparung für weitere vorgesehene Subventionen	40
Aufhebung der Befreiung der Beitragsleistung für Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft	120

Die Sozialdemokratie wird auch unschwer feststellen können, wo Härten und dringliche Notlage zu mildern sind. Neben der unsozialen Staffellung der Gehaltskürzung für Beamte und Besoldungen für Kriegs- und Sozialrentner muß im Mittelpunkt der Beratungen die Revision der Abbauschritt über die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge stehen. Die Kürzung der Unterstützungssätze von 7 bis auf 14 Proz. fällt zusammen mit dem Lohnabbau der letzten Monate, der ohnehin automatisch eine Senkung der Unterstützung bringen mußte, abgesehen davon, daß auch noch die Berechnungszeit für den Einheitslohn auf 13 Wochen verlängert worden ist. Hier ist der Ausgangspunkt einer Änderung der Notverordnung. — Die sog. Autonomie der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und eine unbegrenzte Ermächtigung der Reichsregierung würden in der Fassung der Verordnung geradezu zwangsweise den weiteren Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung zur Folge haben. — Die Arbeitsdienpflicht und der Einbruch in das Tarifrecht kommen einer Zurückführung des modernen Arbeitsrechts in die vorkriegszeitlichen Zustände des Betriebsabsolutismus gleich. Eine Reihe weiterer Abbaumaßnahmen, die Dreifachlösung der Krisensteuer und die Aufhebung der Lohnruerückzahlung verbollständigen das dunkle Bild der Lage. — Es wäre müßiges Beginnen, durch die Verwirklichung des amerikanischen Vorschlages eine psychologische Entspannung innerhalb der Bourgeoisie herbeiführen zu wollen, wenn nicht gleichzeitig die Armeen der Armen, aber auch die ganze Arbeiterklasse eine unmittelbare Wirkung der Reparationserleichterung verspüren sollten. Es ist genug des Glanz, es gilt zu helfen. Die Sozialdemokratie hat ihre Bereitschaft zur Sanierung des Reiches auf einer sozialen Grundlagel hinreichend betundet. Die Reichsregierung aber hat viel nachzuholen. Das Ventil muß geöffnet werden, ehe es zu spät ist!“

Auch wir müssen erwarten, daß der Reichskanzler die Zeichen der Zeit versteht, sich zu baldigen Verhandlungen bereit erklärt und auf diese Vorschläge eingeht, sonst wird mit gewerkschaftlichen Mitteln nachzuhelfen sein.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Nationalsozialistische Krawalle wurden an den Universitäten in München, Berlin, Köln und Greifswald inszeniert, die zum Eingreifen der Polizei führten.

Der Polizeioberwachmeister Kuhfeld, Berlin, ein eifriger freier Gewerkschafter, Sozialdemokrat und Reichsbannermann, wurde bei kommunistischen Krawallen am 30. Juni durch Bauchschuß ermordet. Erst kürzlich wurde im Berliner Norden ebenfalls bei kommunistischen Krawallen ein sozialdemokratischer Polizeiwachmeister im Dienst erschossen. Der Berliner Polizeipräsident hat daraufhin die internationale Spartakiade endgültig verboten und das internationale Spartakiadekomitee und seine Unterorgane aufgelöst. Auch das Tragen des Abzeichens ist verboten worden.

Der Oldenburger Landtag lehnte am 30. Juni den Antrag der Nationalsozialisten auf Auflösung des Parlaments ab. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Landvolk sowie die Kommunisten. Das bisherige Beamtenministerium bleibt weiter im Amt.

Der Badische Landtag hat am 30. Juni die neue badische Regierung gewählt. Minister des Innern ist der Sozialdemokrat Emil Maier, Justizminister der bisherige Innenminister Wittmann, Kultusminister der bisherige Finanzminister Dr. Schmidt, Finanzminister der volksparteiliche Abgeordnete Mattek. Staatsräte wurden der sozialdemokratische Abgeordnete Rückert und der Zentrumsabgeordnete Heurig.

Die bayerische Regierung hat ihren Gesandtenposten bei der preussischen Regierung in Berlin aufgehoben, nachdem die preussische Gesandtschaft in München aufgelöst wurde.

Das Stahlhelm-Vollbegehren auf Auflösung des Preussischen Landtages hat, wie amtlich festgestellt wird, 5 955 996 Stimmen auf sich vereinigt. Das sind 75 000 Stimmen weniger, als das Bundesamt des Stahlhelms errechnete.

Der Düsseldorf Maffemörder Kürten wurde am 1. Juli 1931 in Köln hingerichtet.

Die amerikanische Regierung schloß das Etatsjahr 1931 mit einem Defizit von 903 Millionen Dollar ab.

Auf der Pariser Kolonialausstellung ist der niederländisch-indische Pavillon, der eine Reproduktion des Tempels von Bali darstellte, am 28. Juni bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Schaden wird auf über 15 Millionen Mark geschätzt.

Wieder neue Parolen in Moskau. Auf einer Konferenz der führenden Wirtschaftler Sowjet-Rußlands verlangte Stalin: Durchführung differenzierter Löhne für qualifizierte und nichtqualifizierte, für leichte und schwere Arbeit. Es sei auch Zeit, daß man die Spezialisten, Ingenieure, Techniker und Gelehrten des Bürgertums und der alten Schule heranziehe. Man könne diese nicht mehr als Verbrecher und Saboteure ansehen. Ferner verlangte er Wiederaufhebung der Fünftageswoche, forderte strikte die Rentabilität der Betriebe, kaufmännische Buchführung und Aufhebung der kollektiven Leitung der Betriebe. Überall dürfe nur ein Direktor kommandieren.

Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der Wiener sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“, starb am 5. Juli im Alter von 69 Jahren.

## Verkehrsbetriebe

Fünzig Jahre Bremerhaven-Wefermünder Straßenbahn. Am 26. Juni konnte die Bremerhaven-Wefermünder Straßenbahn auf ihr fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken. Von einer offiziellen Feier und einer besonderen Aufmachung hatten Vorstand und Aufsichtsrat in Anbetracht der schweren Zeit Abstand genommen. Dafür wurde dem Personal eine Gratifikation nebst einer mit geschichtlichen Ereignissen und vielem Bildmaterial ausgeschmückten Denkschrift ausgehändigt. Aus dieser Denkschrift ist erwähnenswert, daß die im Jahre 1881 gegründete Straßenbahn als Pferdebahn mit einem Grundkapital von 450 000 Mk. ins Leben gerufen wurde. An Personal waren bei der Gründung 30 Mann vorhanden, an Wagen 14 und an Pferden 50 Stück. Die Gleislänge einschließlich Ausweichungen, Hof- und Remisengleisen betrug damals 6812,10 Meter. Am 31. Dezember 1882 waren mit der Bahn 846 000 Personen befördert worden. Im Jahre 1908 wurde die Bahn elektrifiziert, nachdem bereits seit dem Jahre 1898 im Kaiserhafengebiet eine Strecke mit Akkumulatorenwagen befahren worden war. Mit dem Wachsen und Entwickeln der Hafensiedle vergrößerte sich auch der Straßenbahnbetrieb ständig. — Heute beschäftigt die Bremerhaven-Wefermünder Straßenbahn 368 Mann Personal. Das Grundkapital beträgt 3 780 000 Mk. An Wagen-

material sind 60 Trieb-, 52 Beiwagen und 17 Autobusse vorhanden. Seit dem 23. März 1931 ist im Fischereihafen ein Motorfährrbootbetrieb eröffnet. Die Streckenlänge der Straßenbahn beträgt 21,47 Kilometer, das Gleisnetz 39,06 Kilometer. Befördert wurden im Jahre 1930 auf der Straßenbahn 9 235 304 Personen, auf den Autobussen 835 060 Personen. Zusammen 10 070 364 Menschen ohne Abonnenten, Beamte und Sonderwagen. An der Spitze des Unternehmens steht seit fast 40 Jahren Direktor Brüder als Leiter. Die Denkschrift, die als eine Betriebschronik gelten kann, zeigt Höhen- und Tiefenkurven des Unternehmens der vergangenen 50 Jahre auf. Auch die Kämpfe des Personals um Lohn- und Arbeitsbedingungen finden wir verzeichnet und mit Erfreulichkeit können wir feststellen, daß dank der Geschlossenheit und Einmütigkeit ständig ein Plus verbucht werden konnte. Schwer nagt heute die kapitalistische Wirtschaftskrise am Körper des Straßenbahnunternehmens. In den Unternehmerstädten ist die Arbeitslosigkeit groß, weil Schiffbau, Handel und Schifffahrt daniederliegen. Möchte auch die Bremerhaven-Wefermünder Straßenbahn glücklich diese Depression überwinden und einstens wieder einer Blütezeit entgegengehen zum Segen des gesamten Personals und der Unterweserwirtschaft. H.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Verband der Maler hielt vom 22. bis 26. Juni in Breslau seine 22. Generalversammlung ab. 105 Delegierte waren anwesend außer dem Vorstand, der Redaktion des Verbandsorgans, der Gäste und der Bezirksleiter. Der Verbandsvorsitzende B a z erstattete den Tätigkeitsbericht des Vorstandes seit der vor drei Jahren in Stuttgart abgehaltenen Generalversammlung. Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Periode ins Riesenhafte gestiegen, besonders ist das Baugewerbe schlimm betroffen. Das Malergewerbe weist in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres im Durchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 67,6 Proz. auf. Um so eifriger müßte die Werbearbeit durchgeführt werden. Im weiteren schilderte er die mühselige Arbeit des Verbandes auf sozialem, tariflichem und wirtschaftlichem Gebiete. Trotz der Ungunst der Zeit konnte der Verband am Jahreschluß 1930 noch eine Zunahme von 2000 Mitgliedern buchen. Seit 1928 hat der Verband rund 2½ Millionen Mark für soziale Unterstützungszwecke ausgegeben. Zum Kassenbericht konnte der Hauptkassierer, Kollege Ringel, mitteilen, daß auf jedes Mitglied 1930 ein Vermögensanteil von 78,6 Mk. entfalle. Das dreistündige Referat des Kollegen W. Eggert vom Bundesvorstand über die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie die Vorträge des Kollegen Robert Sachs über „Die Unfall- und Gesundheitsgefahren unserer Berufskollegen“ und des Verbandsvorsitzenden B a z über „Lohn- und Tarifbewegungen“ fanden große Aufmerksamkeit und Beifall. Die hierzu vorgelegte Entschlieung fand gegen wenige Stimmen Annahme. Von den 263 eingereichten Anträgen wurden 205 abgelehnt. Darunter alle Anträge, die sich gegen die Gehälter richteten, für eine Verschmelzung mit dem BGB. eintraten oder eine Herabsetzung der Beiträge bezweckten. Alle bisherigen Vorstandsmitglieder und Bezirksleiter wurden wiedergewählt. Nur tritt an die Stelle des Schriftleiters Mark Kollege Mehren. Mark war seit 35 Jahren verantwortlicher Redakteur des „Malers“. Er scheidet wegen Ueberalterung aus.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen hielt am 22. Juni und die folgenden Tage seinen 10. Verbandstag in Stuttgart ab. Der Verbandsvorsitzende P u c h e r berichtete über die Tätigkeit des Vorstandes in den letzten drei Jahren. 580 000 Mk. wurden im Jahre 1930 an Unterstützungen hauptsächlich sozialer Natur ausgegeben. Infolge der Zusammenlegung der Produktionsstätten ist die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen. Doch sind 90 Proz. der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Aus dem Bericht des Hauptkassierers war zu entnehmen, daß der Vermögensbestand je Mitglied 102 Mk. gegen 67 Mk. 1928 beträgt. Den Bericht der Redaktion gab Kollege S c h u l z e. Der zweite Verbandsvorsitzende H o r n k e behandelte das Thema Tarif- und Lohnbewegungen. Aus diesem Bericht ging hervor, wie erfolgreich der Verband bemüht war, die soziale Lage der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen zu verbessern. Sie gehören heute zu der bestbezahlten Gruppe der ungelerten Arbeiter. Kollege Paul U f e r m a n n sprach dann über: „Die Strukturwandelungen der deutschen Wirtschaft.“ Der zweite Vorsitzende des ADGB, Peter G r a f m a n n, behandelte das Thema: „Die Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft.“ In diesem Zusammenhang ging Grafmann auf die Notverordnung und all die Fragen ein, die damit verbunden sind. Der Leiter der Bundeschule Bernau, Dr. S e e l b a c h, hatte Gelegenheit, auf die Be-

deutung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft in einem Vortrag hinzuweisen. Der Verbandstag protestierte in einer Entschließung gegen die Notverordnung und erklärte sich mit der 40stündigen Arbeitswoche einverstanden, wenn für die ausfallenden Arbeitsstunden die entsprechende Zahl arbeitsloser Kräfte eingestellt wird und ein ausreichender Lohnausgleich erfolgt. In einer Zeit, wo manche Gewerkschaftsverbände gezwungen sind, die Unterstützungsleistungen abzubauen, nahm der Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter noch eine Erhöhung der Invalidenunterstützung vor. Darüber hinaus wurde ein Antrag angenommen, wonach die arbeitslosen und ausgesteuerten Mitglieder eine Sonderunterstützung von 10 Mk. erhalten. Vorstand und Redakteur wurden einstimmig wiedergewählt.

## Aus unserer Bewegung

Die Betriebsräte-Konferenz des Bezirks Rheinland-Köln befaßte sich neben dem Ausbau des Betriebsrätewesens innerhalb des Organisationsbereichs vor allen Dingen mit der Auswirkung der Notverordnung, Kollege Bause (Köln) erläuterte die einzelnen Bestimmungen dieses unheilvollen Brüning-Rezeptes. Der Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollege Riedel, gab die Ablehnung der Notverordnung in der gegenwärtigen Fassung durch den Verbandsvorstand bekannt. Alle Diskussionsredner waren sich in der Beurteilung der Notverordnung vollkommen einig; ein beträchtlicher Teil der anwesenden Betriebsräte forderte sogar zu ihrer Beseitigung die sofortige Anwendung der schärfsten gewerkschaftlichen Machtmittel. Die berechtigte Empörung der Teilnehmer fand dann in der Annahme nachstehender Entschließung ihren Ausdruck:

Die am 21. Juni in Bad Godesberg versammelten und im Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs organisierten Betriebsräte erheben schärfsten Protest gegen die unsoziale Tendenz der letzten Notverordnung. Neben den ungeheuren Lasten, die die Arbeitnehmer und unteren Beamtengruppen bisher zu tragen hatten und neben dem auf Grund der Verordnung vom 1. Dezember 1930 erfolgten Lohn- und Gehaltsabbau sollen der arbeitenden Klasse neue Lasten in Gestalt von Lohn- und Gehaltsabbau und anderer Abgaben aufgebürdet werden. Den Arbeitslosen, Opfer des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, wird das wenige, was sie bisher zur Erhaltung ihres Lebens bekamen, erheblich beschnitten, so daß die Existenz dieser Volksgenossen fast vollständig in Frage gestellt ist. Die breite Masse der Arbeitnehmer wird so in der ungeschwächtesten Weise belästigt, während der Besitz nach jeder Richtung hin gesichert wird. Außer dem Lohn- und Gehaltsabbau ist noch ein Abbau der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche ohne Lohnausgleich für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe vorgesehen. Die Bestimmungen der §§ 6 und 7, zweiter Teil der Verordnung sind nichts anderes als ein Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe; sie stehen mit dem Artikel 165 der Reichsverfassung in Widerspruch. Die Verordnung schafft mit diesen Bestimmungen ein Ausnahmeregime gegen die Arbeitnehmer in den genannten Betrieben, dessen Auswirkung sich ohne Zweifel auch auf die Arbeitnehmer der Privatindustrie übertragen wird. Die Konferenz beauftragt deshalb den Verbandsvorstand und den Bundesvorstand des ADGB, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Regierung dahin zu wirken, daß diese Bestimmungen aufgehoben werden. In der Erkenntnis, daß auch in der gegenwärtigen Situation nur eine starke geeinte Organisation in der Lage ist der Schwierigkeiten Herr zu werden, verprechen die versammelten Betriebsräte mit vereinter Kraft für den weiteren Ausbau des Gesamt-Verbandes tätig zu sein.

## RUNDSCHAU

Gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau in Berlin. Die erst 1924 gegründete freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Wohnungsbau-Gesellschaft der Reichshauptstadt, die „Gehag“, Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau-AG., kann über ein Rekordergebnis ihrer Bautätigkeit im Jahre 1930 berichten: Rund 4000 Gehag-Wohnungen waren in diesem Jahre im Bau, darunter die Wohnstadt Carl Legien mit 1145 Wohnungen und der AFA-Hof in Treptow mit 862 Wohnungen. In den 6½ Jahren ihres Bestehens hat die Gehag, deren Aktienkapital von jetzt 1 Million Mark sich zum größten Teil in den Händen der freien Gewerkschaften befindet, insgesamt rund 8500 Wohnungen; davon rund 2450 als Einfamilienhäuser, errichtet. Zu den schwebenden Fragen der Wohnungspolitik nimmt der Geschäftsbericht für 1930 in bemerkenswerten Ausführungen Stellung:

Die Streckung der Hauszinssteuermittel, die in den Jahren 1927 bis 1930 vorgenommen wurde, um den Wohnungsmangel schneller zu beheben und der Bauarbeiterschaft einigermassen zureichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, führte zu einer geringeren Bezuschussung der einzelnen Kleinwohnungen mit billigen öffentlichen Mitteln, an deren Stelle teure freie Kapitalien treten mußten. Hinzu kamen die außerordentliche Steigerung der Bankkosten und das Emporschnellen der Zinskosten der erstellten

Kapitalien. Die Entwicklung dieser Faktoren hatte derart hohe Neubaukosten zur Folge, daß der Kreis derjenigen, die zur Ermietung auch der Hauszinssteuer-Wohnungen in der Lage waren, immer kleiner wurde. So konnte es zu der in der Presse leider stark übertrieben dargestellten Vermietungskrise am Berliner Neubauwohnungsmarkt kommen. Ohne das Mißverhältnis zwischen den hohen Neubaukosten des Jahres 1930 und den niedrigen Einkommen der noch nicht mit Neubauwohnungen versorgten unteren Bevölkerungsschichten hätte auch das zeitweilig außergewöhnlich starke Angebot an Neubauwohnungen (rund 44 000 Wohnungen bezug der Reinzugang in der Reichshauptstadt 1930) von der wohnungsbedürftigen Nachfrage umgeben aufgenommen werden können. Die unsichere Existenzlage der Arbeiter- und Angestelltenchaft in der allgemeinen Wirtschaftskrise, der Lohn- und Gehaltsabbau haben ebenfalls viele von der Ermietung einer Neubauwohnung abgehalten. Durch die Entwicklung der Baupreise und der Zinskosten sowie durch die Streckung der Hauszinssteuermittel je Wohnungseinheit wurden die Befreiungen des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbaus, für die werktätige Bevölkerung hygienisch einwandfreie und räumlich zureichende Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zu schaffen, stark gehemmt.

Gegen die einschneidende Kürzung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau und die Senkung des Wohnungsstandards der breiten Massen durch Verkleinerung der Wohnungsgrößen nimmt die Gehag auch jetzt wieder entschiedene Stellung. Sie hat sich unter dem Zwang der Verhältnisse entschlossen, im Interesse einer Versorgung der werktätigen Bevölkerung Berlins mit preiswerten Neubauwohnungen, deren Erstellung durch die starken Preisstürze am Baumarkt und verbesserte Zinsbedingungen ermöglicht wird, an der Durchführung der neuen Wohnungsbauprogramme mitzuwirken. Sie weist jedoch darauf hin, daß die ungeheure Kürzung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau im Rahmen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 nur noch den Bau von weniger Kleinwohnungen gestattet, daß die außerordentlich günstige Preislage am Baumarkt nur wenig für die an niedrigen Kleinwohnungsmieten besonders interessierte werktätige Bevölkerung ausgenutzt werden kann. Die allen Arbeitsbeschaffungsprogrammen entgegengefetzte Drosselung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau durch die Reichsregierung kennzeichnet die Gehag ganz zu Recht als das Musterbeispiel einer negativen Konjunkturpolitik, wie sie am wenigsten in einer Krisenzeit wie der jetzigen angebracht ist.

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene ist für die Zeit vom 28. bis 30. September d. J. festgelegt. Ueber „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene“ sprechen als Hauptreferenten Ministerialrat Dr.-Ing. Klebe (München), Prof. Dr. Curschmann (Wolfsen), G. Haupt (Hannover) und Prof. Dr. v. Zwiemeck-Südenhorst (München), die das Thema vom Standpunkt der Gewerbeaufsicht, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Volkswirtschaftlers behandeln werden. Das zweite Verhandlungsthema „Arbeit und Kleidung“ wird von Professor Dr. Weisbach (Dresden) und Oberregierungsgewerbeberater Bernhard (Chemnitz) unter ärztlichen und technischen Gesichtspunkten behandelt. Die an die Jahreshauptversammlung anschließend am 1. Oktober d. J. stattfindende Ärztliche Jahrestagung der Gesellschaft läßt ihr Hauptverhandlungsthema „Beruf und Kreislauforgane“ von Prof. Dr. Kisch (Köln), Oberstaatsarzt a. D. Dr. Fürst (München) und Prof. Dr. Koelsch (München) in einführenden Referaten behandeln. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, Frankfurt a. M., Platz der Republik 49 (Haus Offenbach).

## Das Moratorium

Von Walther C. F. Rerte.

o Welt der Ordnung, laß dir's Herz bewegen!  
Die Kurse zeigen steigende Tendenz.  
Und wenn auch grade keinen goldenen Regen,  
erhofft man Aufwärtsstiege in Permanenz.

o Welt der Ordnung, Zivildisziplin!  
gehegt, gepflegt auf dem Profitprinzip! —  
nun spricht der Bürger wieder mild im Ton  
und hat die Weisheit der Regierung lieb.

Nun meint er, daß die Fäden wieder rollen,  
die man so schön in diesen Dreck gerammt,  
nun rülpft man die „Gesinnung“ aus dem Vollen  
sich wieder zu am Stammfleisch und im Amt...

Wie lange denn? Wie lange wird es dauern,  
da merkt man, daß der Karren mächtig holpert.  
Und wo am Weg die Großverdiener lauern,  
da wird vielleicht einmal vom Wad gestolpert.

Da fliegt man doch vielleicht noch mal kopfüber.  
Reparaturen — schön, das wird gestundet...  
Die Welt der Trufmagnaten und der Schieber,  
die holt sich trotzdem, was ihr mundet.